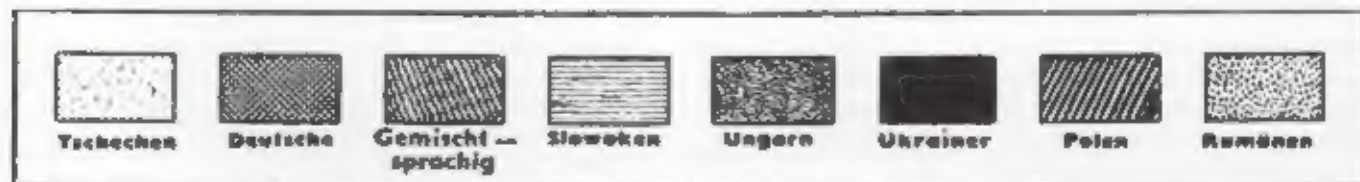
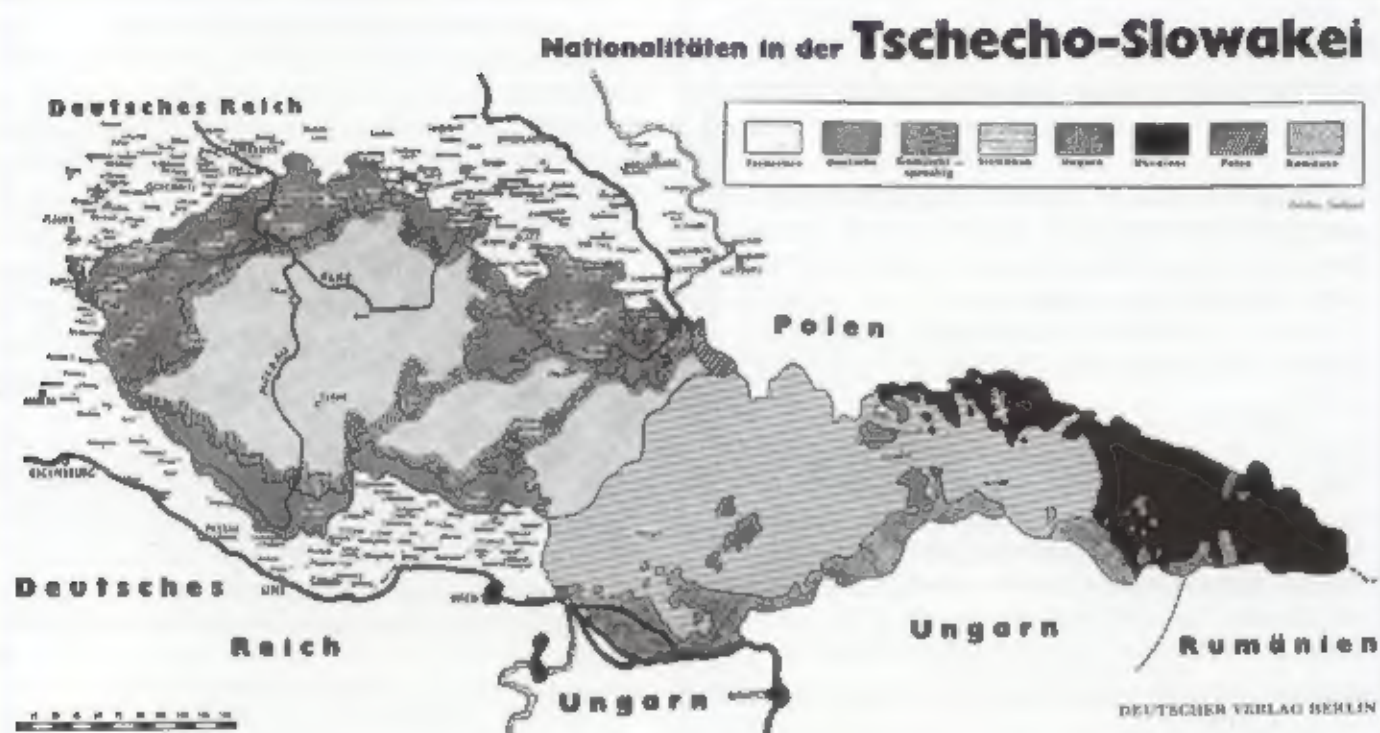


SIEGFRIED EGEL

Sudetendeutsche Passion



Zeichn. Seeland

Historische Tatsachen Nr. 85

SIEGFRIED EGEL

Sudetendeutsche Passion

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozioethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen, soweit Rechtsanwälte aus der Bundesrepublik Deutschland zu einer solchen Begutachtung überhaupt noch in der Lage sind. Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Die Lage

"In diesem 20. Jahrhundert hat die Barbarei einen unerhörten Gipfel erklommen, indem Landraub, Vertreibung, Schändung, Vergewaltigung und rasendes Morden durch Staatsführungen ungeordnet und nach verebtem Blutrausch sogleich amnestiert und zu Recht erklärt werden und rechtsbegründende, rechtsetzende Kraft erlangt haben.

Schandtat, die der Besiegte nachträglich »heiligt«, daß seine Regierenden, seine Parlamente in einhelligem Chor Schuldbekennnisse in die Welt posaunen, die auf den Geschichtsfälschungen der Sieger beruhen, die heute klar zutage liegen, deren Verbreitung durch die gelenkten Medien und durch gesetzliche Forschungs-, Meinungs- und Denkverbote unterdrückt werden sollen."

A. Fuhrmann in Deutschland - Schrift für neue Ordnung
Remscheid 2002 Nr. 1/2, S. 27.

Durch Indiskretion erfahren:

"In Nürnberg soll angeblich der Nachweis geführt werden, daß alle Deutschen, und jeder für sich, Kriegsverbrecher und darum der Naziverbrechen schuldig sind. ...

Die Deutschen müssen einfach alle schuldig sein, damit man für die Politik der Versklavung und Austilgung der Deutschen -- die wir ja überall erleben -- »moralische« Rechtfertigung hat."

Ein Offizier der US-Army ²⁾ S. 120, 122

Copyright 2003

by

Siegfried Verbeke
Postbus 46
B 2600 Berchem 1

+ THE BARNES REVIEW
1433 Pennsylvania Ave., S.E.
Washington, D.C. 20003
U.S.A.

ISSN 0176 - 4144

Britische Regierung billigte bereits am 6. Juli 1942 die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung

Außenminister Anthony Eden angesichts der von ihm selbst formulierten Erkenntnis, daß es "abgesehen von Hitlers und Stalins Umsiedlungsaktionen" für seinen Vorschlag nichts Vergleichbares in der menschlichen Geschichte gebe:

"Ich erbitte die Zustimmung meiner Kollegen zum allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Krieg in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint, und die Ermächtigung, diese Entscheidung in entsprechenden Fällen bekanntzugeben."

Das britische Kabinett gab diesem Antrag am 6. Juli 1942 die Zustimmung. ...

Am 20. Januar 1944 sagte Churchill offiziell dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, Mikolajczyk, die Polen könnten aus den neuerworbenen Gebieten alle unerwünschten Deutschen beseitigen. Öffentlich machten Churchill und Eden diese Konzeption am 15. Dezember 1944 im Unterhaus bekannt.

J.W. Brügel, "Tschechen und Deutsche 1939 - 46",
München 1974, S. 171 + 173.

INHALT

Tschechoslowakei in den USA gegründet	3
Deutsche Initiativen in Versailles unterdrückt	6
Im Juni 1920 vor dem Prager Parlament	7
"Demokratische Methoden der Tschechen 1919 - 1938	8
Die tschechisch-sowjetischen Beziehungen 1935 - 1938	13
Konrad Henlein schafft einen neuen Ansatz	16
Sudetendeutscher Volkstumskampf	17
Benesch fordert die europäischen Großmächte heraus	19
Die Antwort des Reichskanzlers vom 28.9.1938	21
Der Staat zerbrach von innen	24
Zum Kriegsausbruch	28
Das Protektorat Böhmen und Mähren	33
Tötungs- und Vertreibungsaufträge	35
Kundmachung in Troppau 1945	38
Fernsender "TV Nova"	39
Vertreibung = unverjährbares Völkerrechtsverbrechen	40

Tschechoslowakei in den USA gegründet

Bis zum Niedergang der Österreichisch-Ungarischen Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges im Jahre 1918 gehörten die Sudetendeutschen als Bürger zum Kaiserreich und waren bereits damals auf Grund ihres Fleißes und ihrer Leistungskraft oft Zielascheibe für Übergriffe slawischer Volksgruppen in dem Vielvölkerstaat. Die Versailler Siegermächte zerstückelten zwar die Österreichisch-Ungarische Monarchie und diffamierten sie als "Völkerkerker", schufen aber gleichzeitig zahlreiche kleinere Staaten mit gleichartigen Nationalitätenproblemen, allerdings diesmal mit dem Unterschied, daß sie ihren begünstigten kleinen Völkern einen Freibrief gaben, die ihnen willkürlich eingegliederten anderen Nationalitäten nach Gutdünken unterdrücken, wirtschaftlich ruinieren, enteignen, austreiben zu können, wobei die ihnen auferlegten Minderheitenschutzverträge nur eine unwirksame Alibi-Funktion erfüllten. Die besiegten Deutschen und insonderheit die der Tschechoslowakei zwangsweise einverleibten Sudetendeutschen hatten darunter am meisten zu leiden.

Die Tschecho-Slowakei wurde von nicht legitimierten Exil-Tschechen und -Slowaken unter Vorsitz von **Thomas Masaryk** am 31.5.1918 im sog. "Pittsburger Vertrag" ins Leben gerufen. **Woodrow Wilson**, der von den Zusammenhängen Europas oder gar Osteuropas nachweislich keinerlei Kenntnisse hatte, erkannte den tschecho-slowakischen Nationalrat am 2.9.1918 als De-facto-Regierung an. Frankreich folgte 8 Tage später. Nach Konstituierung der Provisorischen Regierung mit **Thomas Masaryk** als Staatspräsidenten am 14.10.1918 vollzogen diese Anerkennung sogar als kriegführende Macht auch die übrigen Alliierten und Assoziierten Mächte, da im Sommer 1918 hastig ein tschechisches Regiment im Elsaß zusammengestellt und in Rußland desertierte tschechische Legionäre gesammelt worden waren.

Keine der inzwischen auf diese Weise "einverleibten" Nationalitäten, die sogar die Mehrheit dieses Staatsgebildes von knapp über 14 Millionen Menschen ausmachten (6 Millionen Tschechen, 8,5 Millionen Sudetendeutsche, 3 Millionen Slowaken, 800.000 Ungarn, 700.000 Ruthenen, 76.000 Polen, 13.000 Rumänen) wurde jemals hierzu um ihre Meinung befragt. Das Sudetenland war fast so groß wie Belgien; seine Bevölkerungszahl übertraf die der Litauer, Esten oder Letten, die alle ihren eigenen Staat erhalten haben.

Generalsekretär **Eduard Benesch** avancierte zum "Außenminister" und anerkannten "Kollegen" der "Friedens-

macher". **Benesch** ließ in seinem Memoire III 1½ Millionen Sudetendeutsche kurzerhand verschwinden und forderte mit gefälschten Landkarten Fantasiegrenzen für den tschecho-slowakischen Staat, die es nie zuvor gegeben hatte. Er erhielt sie! Für ihn bedeutete das aber nur den Anfang. Er fühlte sich ausersehen und aufgerufen, nun auch mit den Deutschen fertig zu werden, — in "seinem" Land und auch sonst, wußte er sich in Versailles doch von vielen "Freunden" umgeben, die, wie er, einen gewaltigen Raubzug gegen Deutschland organisierten. Die neuen Grenzen forderte er u.a. mit dem Hinweis darauf, daß die neue CSR ohne das industriell stark entwickelte Sudetenland nicht lebensfähig sei.

Präsident **Woodrow Wilson**, von einem Journalisten befragt, was er denn mit den 3½ Millionen Sudetendeutschen machen wolle, die er in die Tschechoslowakei einverleibt habe, gab zu, nichts von diesen zu wissen. *"Davon hat mir Masaryk nie etwas erzählt."* (S. 148-149)

Die Versailler US-Delegation verfügte zwar über durchaus sachkundige Männer, doch wurden sie übergangen. Sonderberater **Prof. Dr. Archibald Cary Coolidge** war einer von ihnen. In einem Bericht vom 10. März 1919 stellte er fest:

"... Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre das nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen Menschen, die nicht unter tschechische Herrschaft gelangen wollen, sondern es wäre auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll. Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen sind in den letzten drei Monaten immer schlechter geworden. Heute besteht zwischen ihnen tiefe Feindschaft und es ist kein Grund für die Erwartung vorhanden, daß diese Feindschaft in naher Zukunft überwunden werden wird. Das Blut, das am 4. März geflossen ist, als tschechische Soldaten in mehreren Städten auf die deutsche Menge feuerten, ist -- obwohl es im Vergleich zu den Opfern, deren Zeugen wir geworden sind, nur ein Tropfen ist --, auf eine Art und Weise vergossen worden, die nur schwer verziehen werden kann. Mag auch im vergangenen November in deutschen Kreisen aus wirtschaftlichen Gründen eine gewisse Bereitschaft bestanden haben, die politische Gemeinschaft mit den Tschechen aufrechtzuerhalten, so ist sie heute so gut wie verschwunden ..."

Betrachtet man die Grenzen Böhmens und Mährens der Reihe nach, so bin ich der Ansicht, daß

a) im Süden Nieder- und Oberösterreich so weit als mög-

lich bis zur jetzigen ethnischen Grenzlinie ... auszudehnen wäre,

b) dem Bezirk Eger, der nicht zum ursprünglichen Böhmen gehört, die Vereinigung mit Bayern gestattet werden sollte, wenn er dies wünscht,

c) im Fall des großen, reichen Nordböhmen ist die Frage viel schwieriger. Von Sachsen ist es durch natürliche Hindernisse getrennt; es ist von großem wirtschaftlichen Wert und sein Verlust wäre für die Tschechoslowaken ein schwerer Schlag. Wenn andererseits -- was offensichtlich der Fall ist -- der Wunsch nach einer Trennung von Böhmen mit überwältigender Mehrheit laut wird, so ist die Rechtmäßigkeit dieses Anspruchs nicht zu bestreiten. Wird er erfüllt, so sollte man in Zweifelsfällen zu tschechischen Gunsten entscheiden. Wird er nicht erfüllt, so müßte dem Gebiet von Eger eine größtmögliche Ausdehnung gegeben und auch noch andernorts Modifikationen im Rahmen des Möglichen durchgeführt werden.

d) Das sog. »Sudetenland« kann leicht von Böhmen und Mähren abgetrennt werden. Unglücklicherweise hat es keine Verbindung mit Österreich oder dem übrigen Deutschböhmen. Es könnte als Kleinstaat innerhalb der neuen deutschen Republik bestehen oder mit Preussisch-Schlesien verbunden werden.¹⁾

Der us-amerikanische Außenminister Robert Lansing hatte vor dem "Rat der Vier" offenen Widerstand gegen die Einverleibung deutscher Gebiete in die Tschechoslowakei geleistet, eine Volksabstimmung gefordert und sich dagegen verwahrt, die Grenzziehung als strategische Größe vorzunehmen.

"Es können Jahre vergehen, bis diese unterdrückten Völker ihr Joch abschütteln, aber so sicher wie der Tag auf die Nacht folgt, kommt die Zeit, wo sie die nötigen Anstrengungen machen werden. Diesen Krieg (ersten Weltkrieg, -- d. Verf.) haben die Vereinigten Staaten geführt, um die Ursachen zu vernichten, die ihn heraufbeschworen haben. Die Ursachen sind nicht vernichtet. Sie sind durch andere Umstände, die gleichfalls Haß, Eifersucht und Verdächtigungen hervorrufen, ersetzt worden."²⁾

Er scheiterte gegen den Willen der Franzosen.

Der britische Premier Lloyd George verwies zusätzlich auf die Gefahr, die Europa drohe, falls ein allzu ungerecht behandeltes Deutschland in die Arme des Bolschewismus getrieben würde:

"Der bolschewistische Imperialismus, meine Herren, bedroht die Welt. Deutschland muß durch gemäßigte Bedingungen gewonnen werden, denn von dort werden einmal die Kräfte kommen müssen, die auch für uns die Entscheidung zu schlagen haben."³⁾ S. 74-75

Zwar wurde dem neuen tschecho-slowakischen Staat.

1) Anmerkung: 1. Die Prüfung obiger Vorschläge ergibt ein beträchtliches Maß von Ähnlichkeit mit der im Herbst 1938 erzielten Grenzregelung.

2) Robert Lansing, "The Peace Negotiations", New York 1920, S. 244 ff. + Ferdinand Durcansky, "Die slowakische Frage eine internationale Frage", München 1954, S. 12.

Volksgenossen!

Am Dienstag, den 4. März I. J.,

als dem Tage der Zusammenkunft der deutschösterreichischen Nationalversammlung in Wien, wird in ganz Deutschböhmen und Sudetenland ein

allgemeiner Generalstreik

durchgeführt als Protest gegen die gewaltsame Verhinderung der Wahlen in diesen rein deutschen Gebieten durch die Tschechen, aber auch als Massendemonstration gegen die mit der Nationalversammlung verbundene Zurückbehaltung der Hälfte aller Barmittel durch den tschechoslowakischen Staat!

An diesem Tage ruhe jegliche Arbeit in Fabrik, Werkstatt, Geschäft, Kanzlei und Schulstube, damit der Welt die einmütige Empörung des ganzen deutschen Volkes im Sudetenland deutlich vor Augen gelegt werde! Deutsches Elternschicksal an diesem Tage: keine Kinder nicht in die Schule! Deutsche Bürger, Arbeiter und Angestellte, Gewerbetreibende und Kaufleute, verleiht Eurer Ertüchtigung über die einschneidenden volkswirtschaftlichen, völkerrschenden Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung, die der Entscheidung der Friedenskonferenz vorbeugen, durch:

allgemeine Arbeitsruhe und Geschäftssperre
am Dienstag, den 4. März 1919

(deutlichen Ausdruck!)

Sämtliche politischen Parteien des Sudetenlandes.

deren Verhandlungsführer ausschließlich Tschechen waren, mit Abschluß der Versailler Verhandlungen am 10.9.1919 ein Minderheitenschutz-Vertrag aufgenötigt, der sogar vom Prager Parlament am 3.11.1919 ratifiziert wurde, doch haben sich die Tschechen gegenüber keiner ihrer Minderheiten je daran gehalten, wohl wissend, daß der Völkerbund dies schweigend ignorieren würde.

Das nicht legitimierte tschechische Gremium erließ so gleich vom 14.11.1918 an mit Anerkennung der neuen Republik, der Verfassung und Nationalversammlung -- also noch vor Abschluß der Versailler Verhandlungen! -- bis zur ersten Parlamentswahl im Frühjahr 1920 = 410 Gesetze, darunter die Staatsverfassung, und weitere 770 Verordnungen mit Gesetzeskraft, die auch über das Jahr 1920 hinaus Geltung hatten.

So blieb das in Versailles 1919 feierlich proklamierte "Selbstbestimmungsrecht der Völker" als Grundsatz für die innenpolitische Gestaltung eines Staates wie auch für das internationale Zusammenleben der Völker von Anfang an eine Farce.

Der tschechische Staatspräsident Thomas Masaryk, von den Völkerbundsmächten, die ihre Aufgabe darin sahen, die Versailler Friedensbedingungen "völkerrechtlich" abzusichern, unterstützt, verkündete bereits am 22.12.1918

3) Reinhard Pozorny, "Wir suchten die Freiheit", Vlotho 1978.

anlässlich seiner ersten Botschaft an die Tschechoslowakische Nation in Prag (tags zuvor war er erst dort eingetroffen):

"Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist und bleibt unser Gebiet!" ^{4) S. 99}

Die Deutschen wertete er als Emigranten und Kolonisten ab, wohl um davon abzulenken, daß er selbst Emigrant und nur durch Nachkommen von Kolonisten zur Macht gehievt worden war.

Am 1. Januar 1919 erklärte er in seiner Neujahrsbotschaft:

"Über Autonomie wird nicht verhandelt!"

Der Präsident der tschechischen Völkerbunds-Liga am selben Tag im Prager Parlament:

"Es wäre Wahnsinn, das Streben an den Tag zu legen, die Deutschen für die Republik zu gewinnen. Diese Politik ist absurd. Wer da glaubt, den Deutschen ihren jetzigen Besitzstand im Staat zu belassen, handelt entweder aus Angst vor den Deutschen oder in der Hoffnung auf die Deutschen. Auch eine solche Angst und eine solche Hoffnung ist nationaler Verrat." ^{5) S. 70}

Wenige Tage später, am 10.1.1919 zum französischen Massenblatt *Matin*:

"Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß eine sehr rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird."

Nicht einmal Selbstverwaltung gestand dieser Staat seinen zu "Minderheiten" deklassierten Nationalitäten zu.

Der spätere tschechische Finanzminister Raschin reduzierte die nachfolgend abgeschlossenen Minderheitenschutzverträge in einer Parteiversammlung in Nimburg/Böhmen auf die Formel:

"Wir haben nach dem Friedensvertrag das Recht, unsere Sachen so einzurichten, als ob andere Nationalitäten überhaupt nicht existierten. Wir müssen mit niemandem verhandeln oder uns ausgleichen." ^{6) S. 71}

Den kooperationsbeflissenen Führer der deutsch-böhmischen Sozialdemokraten, Josef Seliger, fertigte er mit den Worten ab:

"Mit Rebellen verhandeln wir nicht." ^{7) S. 77}

Deutsche Initiativen in Versailles unterdrückt

Vor 80 Jahren:

Wider St. Germain und Versailles

Als gewählte Vertreter des im tschechischen Staat unterdrückten deutschen Volkes erklären wir bei unserem Eintritte in das tschechoslowakische Parlament feierlich vor der Bevölkerung dieses Staates, vor ganz Europa und vor der gesamten geistigen Welt:

Durch den Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye ist mitten in Europa ein Staat entstanden, welcher neben rund sechs Millionen Tschechen unter anderen auch fast vier Millionen Deutsche umfaßt. Vergebens waren unsere Vorstellungen, welche wir vor Beginn und während des Verlaufes der Friedensverhandlungen erhoben haben, vergebens war unser einmütiges Bestreben, das Schicksal unseres Siedlungsgebietes selbst zu bestimmen, vergebens haben wir darauf hingewiesen, daß ein so gespaltenes Volk nicht den vierzehn Punkten Wilsons, noch dem Geiste der Demokratie entspreche, daß er niemals zur Ruhe käme und schon infolge seiner unmöglichen Zusammenfassung eine feste Bedrohung des europäischen Friedens bilden würde.

Wir Vertreter des deutschen Volkes im tschechischen Staat stellen fest, daß die Bedingungen und Grundlagen, von welchen sich die verbündeten Mächte bei Verfassung der Friedensverträge leiten ließen, auch nach Anschauung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter-Partei irrig waren, daß dieser Staat auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit entstanden ist und daß die entscheidenden Großmächte über den wahren Sachverhalt getäuscht worden sind.

Der Vertrag, welchen die tschechoslowakische Republik, die dabei aber nur durch Angehörige des tschechischen Volkes vertreten war, mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten am 10. September 1919 abschloß, geht von den Ermüdungen aus: „daß sich die Völker Böhmens, Mährens und eines Teiles von Schlesiens, sowie das Volk der Slowakei aus freiem Willen entschlossen haben, sich zu vereinigen und sich tatsächlich in einem dauernden Bunde zur Schaffung eines einheitlichen, souveränen und unabhängigen Staates unter dem Namen 'Tschechoslowakische Republik' vereinigt haben“.

Dem gegenüber stellen wir fest: Die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens und die Deutschen der Slowakei hatten niemals den Willen, sich mit den Tschechen zu vereinigen und einen Bund zur Schaffung der tschechoslowakischen Republik zu bilden. Dagegen haben die im Jahre 1911 in den deutschen Sudetengebieten gewählten österreichischen Reichstagsabgeordneten als berufene Vertreter ihrer Heimat in Ausführung des allgemeinen Volkswunsches, wie er in unzähligen Volksversammlungen und Gemeindebeschlüssen unmissverständlich zum Ausdruck gekommen ist, nach dem Zerfall Österreichs ausdrücklich erklärt, sich an Deutschösterreich und zwar als Deutschböhmen, Sudetenland, Deutschmähren und Böhmerwaldgau anzuschließen. Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes und hat diese deutschen Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher mit Beziehung auf sie die Verkörperung eines Gewalts, aber niemals eines Rechtszustandes.

Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staat, von der „tschechoslowakischen“ Nation und von der „tschechoslowakischen“ Sprache als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend. Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staat fügen. Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals Recht werden, insofern es nicht von den Betroffenen selbst auf Grund freier Entscheidung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staat, den gegenwärtigen Zustand aber als unserer unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten. Dies als Vermächtnis jenen zu hinterlassen, welche nach uns kommen werden, halten wir für unsere heilige Pflicht.

Die gewählten Vertreter der Deutschen in der Tschechei.

(Aus Böhmerland-Jahrbuch, Jg. 1921, Hs. v. Otto Klotz)

Die unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und der Österreich-Ungarischen Monarchie im November 1918 entwickelten Initiativen sowohl der Weimarer als auch Wiener sowie der sudetendeutschen Politiker, die alle gemeinsam trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit demonstrative Bekenntnisse ablegten und Beschlüsse faßten, um die einheitliche Volkszugehörigkeit auch staatsrechtlich umzusetzen, wurden im Bereich der neuen Tschechoslowakei gewaltsam unterdrückt.

Zur Chronik dieser Vorgänge:

Die gewählten deutsch-österreichischen Abgeordneten der aufgelösten Österreichisch-Ungarischen Monarchie traten am 21. Oktober 1918 zur Provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Österreich zusammen und verkündeten ihren Willen, einen auf das deutsche Volkstum beschränkten, das deutsche Siedlungsgebiet Österreichs umfassenden deutsch-

4) Hans Krebs, "Kampf in Böhmen", Berlin 1938.

5) E. J. Reichenberger, "Wider Willkür und Machtrausch", Graz - Göttingen 1955.

österreichischen Staat zu bilden, der, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestützt, seine Beziehungen zu anderen Nationen unabhängig gestaltet. In dieser Proklamation waren die Sudetenländer ausdrücklich mit einbezogen.

Gleichzeitig beschloß diese provisorische deutsch-österreichische Nationalversammlung einstimmig die Angliederung Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich und bildete zur Durchführung dieses Willens einen Vollzugsausschuß aus 20 Mitgliedern. Dieser entsandte sogleich seine Verhandlungsbevollmächtigten nach Berlin.

Währenddessen versammelten sich die Abgeordneten des Sudetenlandes am 29. und 30. Oktober zu einer Landesversammlung. Diese erklärte die sudetendeutschen Provinzen zum gleichberechtigten Teil des Staates Deutsch-Österreich und legte die Grundlagen für eine eigene Verwaltung im deutschen Siedlungsgebiet von Böhmen, Mähren und dem zugehörigen Teil von Schlesien fest. Kurz darauf bestätigte die Provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs ihre Aufnahme in den neuen Staat.

Der Aufbau einer deutschen Verwaltung in den Provinzen Sudetenland und Deutsch-Böhmen gelang in verhältnismäßig kurzer Zeit, ihre Bürgermeister und Bezirkshauptleute (Landräte) wurden auf die Republik Deutsch-Österreich vereidigt. Als am 12. November 1918 die Österreichische Nationalversammlung feierlich den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich verkündete, gehörten ihr die Abgeordneten der Sudetendeutschen an, was gleichzeitig bedeutete, daß die sudetendeutschen Gebiete bereits an diesem Tage staatsrechtlich Teile des Bundesstaates Deutsch-Österreich waren und als solche auch ihren Willen zur Eingliederung in das Reich bekundet haben.

In den letzten Tagen des Oktober 1918 begannen die noch bewaffneten tschechischen Legionäre nach und nach das wehrlos gemachte Sudetengebiet zu besetzen. Örtlicher Widerstand wurde gewaltsam gebrochen. Die Deutschen wurden als "Rebellen" tituliert, Ausnahmezustand und Standrecht eingeführt, österreichischer Staatsbesitz und öffentliche Einrichtungen konfisziert. "Das Weltgewissen", die Versailler Siegermächte ignorierten alle deutschen Proteste, Streiks und Demonstrationen. Die Besiegten hatten keine Rechte.

Die Sudetendeutschen ihrerseits haben mit zahlreichen Initiativen auf die Delegierten in Paris einzuwirken versucht, so u.a. mit einem umfassenden Memorandum, dessen Kernstück lautete:

"1. Die tschechoslowakische Regierung hat in Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes die sudetendeutschen Gebiete gewaltsam besetzt, dadurch die friedliche Entwicklung und die schiedsgerichtliche Regelung der Verhältnisse in diesem Gebiete gestört.

2. Die tschechoslowakische Regierung hat un-

ter dem Deckmantel des Waffenstillstandes das deutsche Gebiet besetzt und das Sudetenland entgegen den Grundsätzen des Völkerrechts ihrer Souveränität unterstellt. Sie hat die bestehenden Behörden beseitigt und an ihre Stelle neue Behörden gesetzt. Durch Bedrohung der Beamten mit Vertreibung oder Gefangenschaft hat sie diese genötigt, dem okkupierenden Staat den Eid zu leisten.

3.) Dadurch hat die tschechoslowakische Regierung die Beziehungen der beiden Nationen unheilvoll vergiftet und die Hoffnung auf eine friedliche Verständigung zerstört." 23 S. 77

Am 4. März 1919 trat in Wien die österreichische Nationalversammlung zusammen. Die Wahlvorbereitungen hierfür im Sudetenland hat die tschechische Regierung zunächst behindert, die Wahl kurzerhand verboten. Zum Protest gegen diese Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes haben alle Parteien – ohne Ausnahme, also einschließlich Kommunisten und Sozialdemokraten – im Sudetenland zum Generalstreik und zu Massendemonstrationen aufgerufen. Die diszipliniert durchgeführten Kundgebungen in den sudetendeutschen Städten, die sogar polizeilich genehmigt waren, hatten indessen Aufsehen erregende Ausmaße angenommen.

Tschechisches Militär hatte sich jedoch in Kaaden, Eger, Aussig, Arnau, Sternberg, Karlsbad, Mies, Freudenthal und anderen Orten bereits inagelheim darauf vorbereitet, diese Kundgebungen mit gezieltem Feuer auseinanderzutreiben. 54 Menschen, darunter 20 Frauen und 16 Kinder, fielen sofort tot auf das Pflaster, 53 weitere Deutsche erlitten kurz darauf ihren Verletzungen, über 1.200 wurden verwundet. 24 S. 188



Heimkehr tschechischer Legionäre. Während des Ersten Weltkrieges hatten die Russen aus tschechischen Kriegsgefangenen und Übertäuferten eine Armee gebildet, die nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches mit wechselvollem Geschick in den russischen Bürgerkrieg eingriff. Die Heimkehr dieser Legionäre, die zum Grundstock der tschechischen Armee wurden, gab Anlaß zu großen Siegesfeiern. Als bald wurden sie eingesetzt, um die Sudetengebiete zu erobern.

Auch hierzu hat die Welt geschwiegen!

Die Sudetendeutschen, aufgesplittet in verschiedene Parteien, bemühten sich weiterhin um friedliches Gehör. Ein Stab von Fachleuten erschien als Teil der österreichischen Delegation in Versailles, um an den dortigen "Friedensverhandlungen" teilzunehmen. Doch sie wurden gesondert in einem Haus mit vergitterten Fenstern, militärisch bewacht untergebracht, ihre schließlichen Ausführungen in einem nur untergeordneten Gremium der "Konferenz" mit Schweigen und Untätigkeit quittiert. Dann durften sie wieder abreisen.

Der Friedensvertrag von St. Germain war von der österreichischen Nationalversammlung am 19. September 1919 unter feierlichem Protest angenommen worden (am 16.7.1920 wurde er in Paris ratifiziert und damit in Kraft gesetzt). Er verbot den Namen Deutsch-Österreich, den Anschluß an das Reich und die Angliederung der Sudetenländer sowie jegliche Volksabstimmungen. Zudem verfügte er die Abtrennung Südtirols, von Landesteilen aus Kärnten, Niederösterreich und der Steiermark, um von den anderen Bedingungen wie Kriegsschuld, Reparationen usw. hier zu schweigen.

Am 23. September 1919 verabschiedete die provisorische Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich in feierlicher Form die sudetendeutschen Abgeordneten.

Der sozialdemokratische Tagungspräsident Karl Seitz erklärte mit Tränen in den Augen:

"Die ganze Nation trauert mit Ihnen, meine Herren Sudetendeutschen. Ganz Deutschland klagt heute über die Willkür, die die vielhundertjährige Gemeinschaft und völkische Gemeinbürgerschaft der Alpen- und Sudetendeutschen zerreißt. Der gewaltsame Riß zwischen diesen beiden deutschen Stämmen geht mitten durch das Herz jedes einzelnen Deutschen."

Der letzte Landeshauptmann von Deutsch-Böhmen, Dr. Rudolf Lodgman von Auen, ergriff für die Sudetendeutschen das Wort:

"Der Friedensvertrag von St. Germain hat das Ergebnis gewaltsamer Besitzergreifung hinterher anerkannt und das deutsche Volk in den Sudetenländern ohne Erforschung seines Willens und ohne Würdigung der vorliegenden Kundgebungen der Tschechoslowakei zugewiesen. Das deutsche Volk erhebt gegen diese Vergewaltigung seines Selbstbestimmungsrechtes nochmals vor der gesamten gesitteten Welt Einspruch, wird im Kampf um sein Recht nicht erlahmen und auf den Sieg seiner Ideen hoffen."

Nach dieser Entstehungsgeschichte ist die tschechoslowakische Republik für die Sudetendeutschen nicht der Staat ihrer Wahl. Aber mag das staatliche Band zwischen Deutsch-Österreich und den Sudetenländern auch zerrissen sein, unlösbar sind das nationale Bewußtsein und die in Jahrhunderten erwachsenen Beziehungen, welche uns verbinden. ... Wir scheiden im Raume, wir bleiben vereint im Geiste." 31 B. 79 ff.

Im Juni 1920 vor dem Prager Parlament

Abg. Dr. Rudolf Lodgman v. Auen am 1.6.1920 vor dem Abgeordnetenhaus und Senator Dr. Moritz Vetter-Lilie am 9.6.1920 vor dem Senat in Prag führten u.a. aus:

"Als gewählte Vertreter des im tschechischen Staate unterdrückten deutschen Volkes erklären wir bei unserem Eintritt in das tschechoslowakische Parlament feierlich vor der Bevölkerung dieses Staates, vor ganz Europa und vor der gesamten gesitteten Welt: ...

Vergebens haben wir darauf hingewiesen, daß ein so gestalteter Staat nicht den 14 Punkten Wilsons, nicht den Begriffen der Demokratie entspräche, daß er niemals zur Ruhe käme und schon infolge seiner unmöglichen Zusammensetzung eine stete Bedrohung des europäischen Friedens bilden würde. ...

Die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens und die Deutschen der Slowakei hatten niemals den Willen, sich mit den Tschechen zu einigen und einen Bund zur Schaffung der tschechoslowakischen Republik zu bilden. ...

Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis

eines einseitigen tschechischen Willensaktes, und sie hat diese deutschen Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt. ...

Die gesamte tschechoslowakische Gesetzgebung einschließlich der oktroyierten Verfassung stellt eine offenkundige Verletzung des Minderheitenschutzvertrages dar. ...

Und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand aber als unser unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten. Dies als Vermächtnis jenen zu hinterlassen, welche nach uns kommen werden, halten wir für unsere heiligste Pflicht." 7) S. 82

6) Wilhelm Ployer, "Europas unbekannte Mitte", München - Stuttgart 1957.

7) E. J. Reichenberger, "Europa in Trümmern", Graz - Göttingen 1952.

"Demokratische Methoden" der Tschechen 1919 - 1938

"Die Minderheiten der Tschechoslowakei waren tatsächlich nur so genannt. Im tschechischen Machtstaate gab es eigentlich nur eine Minderheit, und das waren die Tschechen selber. Erst zusammen mit den in den Staat gelockten, dann gezwungenen und mit dem Versprechen der Selbstverwaltung hingehaltenen Slowaken hatten sie die Mehrheit, und allerhand Wahlrechtskunststücke mußten mithelfen. Die sogenannten Minderheiten waren in Wirklichkeit auf ihrem Heimatboden vergewaltigte Mehrheiten." S. 164 - 165

Die Staatsgrenzen zu Volksgrenzen zu machen war von Anfang an das Ziel von Thomas Masaryk, des ersten, mit Hilfe des US-Präsidenten Wilson selbst ernannten Staatspräsidenten der am 28.10.1918 ausgerufenen Tschechoslowakischen Republik.

Der 4. März 1919 kennzeichnete seine Methoden.

Zlata Praha sekundierte anlässlich des Sokol-Festes 1919 mit der Empfehlung, man solle die Deutschen über die Grenze peitschen. Von Anfang an bedienten sich seine Leute einer Art Nebenregierung, der berüchtigten Jednotas, Terrorgruppen, welche vor allem die Beamten überwachten, denunzierten und beliebig Entlassungen erzwingen konnten. S. 78

Die zahlreichen, ohne Legitimation des tschechischen Volkes, geschweige denn der zwangseinverleibten "Minderheiten"-Bevölkerungen, z.T. schon aus den USA mitgebrachten oder noch vor Abschluß des Versailler "Friedensvertrages" in Kraft gesetzten Gesetze leiteten die nachfolgenden -- von der Weltöffentlichkeit mit Stillschweigen übergangenen -- Maßnahmen der tschechischen Machtergreifung ein. Der bis zum Friedensschluß am 28. Juli 1919 gültig gewesene Waffenstillstand vom 5.11.1918 zwischen den Alliierten und Assoziierten einerseits sowie Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits hat die noch in

letzter Minute als kriegführende Macht anerkannte Tschechoslowakei berechtigt, "wichtige strategische Punkte" zu besetzen, was als Recht zur Inbesitznahme des ganzen Landes ausgelegt wurde.

Ein frühzeitig in Kraft getretenes **Wahlgesetz** erlegte den Sudetendeutschen für ein Mandat im Prager Parlament erheblich mehr Stimmen auf, als für tschechische Wahlkreise.

"Dazu bedurfte es auch einer besonderen Landvermessung, -Wahlordnung- genannt. Ihr zufolge hatten 39.957 Tschechen, 47.716 Deutsche und 109.847 Madjaren je einen Abgeordneten. Durch solche -Ordnungen- fiel das -demokratische- Überstimmen immer leichter." S. 165

Amtliche Wahlfälschungen blieben zusätzlich an der Tagesordnung. Nicht nur Stimmzettel wurden falsch gezählt, sondern auch Tote "beteiligten" sich an den Wahlen. Meist wurden auch vor einer Wahl starke tschechische Truppen ins Sudetenland verlegt, die nicht nur einschüchtern sollten, sondern sich dann auch an der Wahl beteiligten.

Zum Wahlergebnis im Mai 1938 gab die tschechische Zeitung **Venkov** am 24.5. befriedigend kund:

"Bei jeder Wahl dringt unser tschechisches Element tiefer in die deutschen Gemeinden ein. Im Pilsener Gebiet gewannen wir 17 Mandate, die bisher den Deutschen gehörten." S. 168



Um auch die Öffentlichkeit von den vielen "Freunden" zu überzeugen, marschierte täglich die Prager Burgwache in russischer, französischer und italienischer Uniform zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg auf, da tschechische Legionen in jenen Staaten zum Kampf gegen Deutschland aufgestellt worden waren.

Das **Bodenreformgesetz** von 1919, beschlossen von der Revolutionären Nationalversammlung, bildete die Grundlage zur Enteignung – zum Großraub – von zunächst 520.000, nachfolgend insgesamt 1.692.000 Hektar deutschen Landes – 16.920 qkm –⁸⁾ und für den Verlust von 40.000 deutschen Arbeitsplätzen. Damit waren 31% des deutschen landwirtschaftlichen Besitzstandes enteignet und mehr als einer Million tschechischer Siedler im deutschen Gebiet der Zuzug gewährleistet.

Am 28.1.1920 hatte Ministerpräsident Kramář erklärt:

*„Ich war schon lange für die Bodenreform, weil ich geglaubt habe, daß auf den deutschen Besitzungen tschechische Dörfer mit tschechischen Legionären geschaffen werden müssen.“*⁹⁾ S. 190 + 91. 82

Die Begleitmusik zu diesem, auch dem folgenden Geschehen lieferte die stets egozentrische tschechische Presse. Z.B. *Ceske Slovo* am 29.10.1920: Man solle den Deutschen keine Gleichberechtigung gewähren, sondern sie lieber an Galgen und Kandeln aufhängen!

Auf dem Parteitag der SPD 1925 in Aussig sagte Wenzel Jaksch:

„... das Treiben, das mit dem enteigneten Großgrundbesitz aufgeführt wird, hat mit einer sozialen Bodenreform ungefähr so viel zu tun, wie unser Kriegsminister Udrschal mit einem Friedensengel, ...“

*Wir wissen, daß Hunderte von Restgütern in den Handel gebracht worden sind. Wir haben es erfahren, daß alle Neffen und Onkel und Schwäger der Minister versorgt worden sind und die Abgeordneten der Koalition ebenso. Wir erfahren, daß täglich in den Bodenreformgebieten neue tschechische Minderheitenschulen errichtet werden, und es ist ein wahrhaft großer Erfolg der tschechischen Sache, daß es da und dort gelungen ist, Kinder der deutschen Landarbeiter und Kleinpächter unter dem Druck der wirtschaftlichen Übermacht in diese Schulen hineinzupressen. Es ist nur die Frage, was dieses wüste Schachergeschäft, dieses chauvinistische Treiben mit dem Gedanken der Bodenreform zu tun hat.“*¹⁰⁾ S. 119

Das **Sprachengesetz** von 1920 mit seinen ergänzenden Verordnungen vom Februar 1926 wurde ohne Anhörung



Eine der ersten Taten der Tschechen war der Sturm auf deutsche Schilder, Tafeln und Denkmäler, auf Zeugen der Vergangenheit.

oben: Abbruch des Denkmals von Feldmarschall Radetzki († 1858) in Prag

Mitte: Sturz des Denkmals Kaiser Josefs II, in Haida

unten: Gestürztes Denkmal Kaiser Josefs II, in Freudental

des Parlamentes erlassen. 500 Massenproteste der Sudetendeutschen verhielten vergebens. Von Beamten war fortan die Beherrschung der tschechischen Staatsprache gefordert. Ergebnis: In den deutschen Sprachgebieten wurden über 60.000 Beamte entlassen und ein entsprechender Zuzug von tschechischen Beamten verfügt. Diese neuen Beamten, ob Richter oder Verwaltungsfachleute aller Art, wirkten dauerhaft zugunsten der tschechischen Zentralregierung in Prag mit dem Ziel, die Sudetendeutschen möglichst aus dem Lande zu ekeln. In den deutschen Sprachinseln, in denen die Deutschen weniger als ein Fünftel der Bevölkerung ausmachten – so z.B. auch die damals 50.000 in Prag lebenden Deutschen – war der offizielle Gebrauch der deutschen Sprache verboten worden.

*„Dazu setzte sofort auf der ganzen Linie der Abbau der deutschen Beamten und Angestellten, der Lehrer, Professoren ein. Der Eisenbahnminister Stránský erwarb sich mit seiner »Säuberung« des Verkehrswesens, die Zehntausende von Eisenbahnbeamten auf die Straße setzte und bis in die Regionen der kleinen Privatbahnen vordrang, eine besonders traurige Berühmtheit.“*¹¹⁾ S. 117

Allein durch das Sprachengesetz wurde die sudetendeutsche

Bevölkerungsrepräsentanz von 31% auf unter 10% herabgedrückt.

„Der Anteil der Deutschen an den höheren Posten der Staatsverwaltung war unglaublich gering. In den Ministerien gab es statt 23% nur 2% deutsche Beamte; im Postministerium waren es unter 558 Beamten 3 (drei) deutsche. Unter 140 Postdirektoren war kein einziger Deutscher – bei einem Viertel der Bevölkerung des Staates!“

*1937 befand sich im Prager Finanzministerium unter 200 juristischen Konzeptsbeamten nicht ein Deutscher. ... Bei 1.000 Neueinstellungen der Finanzwache in Böhmen wurden 5 (fünf) Deutsche aufgenommen, von 1930 an (nicht erst von 1933 an!) nicht einer.“*¹²⁾ S. 179

*Im Gebiete der staatlichen Forstdirektion Reichenberg, zu der ausschließlich deutsches Sprachgebiet gehörte, und deren Wäldungen deutscher Besitz gewesen waren, befand sich 1937 kein einziger deutscher Beamter oder Angestellter mehr.“*¹³⁾ S.

8) Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.), „Sudetenland – Ein Hand- und Nachschlagebuch über alle Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen in Böhmen und Mähren/Schlesien“, Kitzingen 1954.

9) Seliger-Gemeinde (Hrsg.), „Wenzel Jaksch – Sucher und Kämpfer“, München 1967.

10) Hans Krebs, „Kampf in Böhmen“, Berlin 1938.



Mehr als zwei Drittel der gesamten alt-österreichischen Industrie befand sich 1918 im Staatsgebiet der neuen Tschechoslowakei. Der weitaus größte Teil davon befand sich im Besitz Sudetendeutscher. 1938 war ein großer Teil davon bereits in tschechischen Besitz übergegangen. Deutsche Fabriken wurden entweder in den Konkurs getrieben, unter tschechische Verwaltung gestellt oder, wie hier, abgerissen. Fast ein Drittel der sudetendeutschen Bevölkerung lebte 1938 in äußerstem Elend. 600.000 Sudetendeutsche waren arbeitslos, Tausende davon blieben ohne jede Unterstützung.

184

Der SPD-Vorsitzende im Sudetenland, Wenzel Jaksch, hierzu:

"Eine solche Diskriminisation sei das Sprachengesetz. Es hat die 3,3 Millionen Sudetendeutschen zu einer Minorität degradiert und die deutsche Sprache als »Minderheissprache« bezeichnet, obwohl sie die typische mitteleuropäische Verkehrssprache ist und in Böhmen und Mähren seit Jahrhunderten als traditionelle Landessprache in Gebrauch war. Das Sprachengesetz nimmt allen jenen Sudetendeutschen, die in ihrem engeren Wohndistrikt keine 20%ige Minorität bilden -- so den 40.000 Deutschen in Prag --, jede Möglichkeit, mit Ämtern und Gerichten in ihrer Muttersprache zu verkehren."
21.8.1931

Das Republikschutz-Gesetz vom März 1923

Der Gesetzestext hat den Einsatz von Gewalt in den Mittelpunkt der Strafbestimmung gestellt. Wer also mit Gewalt versucht, gegen den Staat oder seine Repräsentanten vorzugehen, Landesteile abzutrennen, war mit bis zu 20 Jahren Kerker bedroht. Doch die vom Justizministerium eingeschlagene und somit den Staatsanwaltschaften aufgebundene Gangart negierte zunehmend die vom Gesetz geforderte Gewalt und maß an den Strafvorschriften dieses Gesetzes bereits den Wunsch zum Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen. Obgleich keinerlei Waffen und kein Aufruf zur Gewalt gefunden wurden, verwandelten oberste Richtersprüche den Volkssport-Verein und den sudetendeutschen Studentenbund zu "Organisationen militärischen Charakters, die bewaffnete Anschläge auf die Republik organisiert haben". Es waren Richtersprüche wie diese, die das Gesetz zur Farce machten:

"Vom Gesichtspunkt der den Schutz des Staates normierenden Strafgesetze ist es irrelevant, ob die Verwirklichung einer bestimmten Idee, einer bestimmten Weltanschauung ... in näherer oder ferner Zukunft denkbar ist."

"Da gewisse Zielvorstellungen ohne Einsatz von Gewalt nicht zu realisieren sind", -- seien die Strafbestimmungen des Republikschutzgesetzes bereits an Hand der Zielvorstellungen anzuwenden.^{11) S. 185} So einfach ist das.

"In der Tschechoslowakei werden Prozesse nach dem sogenannten Republikschutzgesetz förmlich am laufenden Band abgeführt. In den ersten 8 Jahren (1923 - 1930) seit Bestand des Gesetzes, waren es insgesamt 6.244, in den beiden folgenden Jahren 2.728. Das Jahr 1933 aber übertraf alle vorhergehenden noch gewaltig. Es war das Jahr der Hakenkreuzerverfolgung. ... Heute sind wieder alle Kerker gefüllt mit Spionageverdächtigen."^{12) S. 109}

Die strafwürdigen Vorwürfe wurden verschärft und unkalkulierbar gemacht, den Publizisten verboten, Einzelheiten zu berichten und Namen zu nennen. Lediglich die Auslassungen der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften einschließlich ihrer Attacken gegen die Reichsregierung sowie der Ausgang derartiger Prozesse durfte der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Das Abbaugesetz vom 22.12.1924 sah im Rahmen der von der Regierung für notwendig erachteten Sparmaßnahmen die Entlassung von Beamten und Angestellten, aber auch die Verhinderung von Neueinstellungen vor. Dies hinderte jedoch die tschechischen Behörden nicht, dennoch laufend Tschechen neu einzustellen.

"Ja, die Eisenbahn hatte sogar förmlich Werbebüros aufrechterhalten, in denen die Mitglieder der nationaltschechischen Verbände weiter unentwegt einer liebevollen Berücksichtigung sicher waren. ..."

Auch in allen möglichen anderen Fällen mußte das Abbaugesetz die gewünschte Handhabe für die immer weiter vorwärts getriebene Tschechisierung des Behördenapparates liefern."^{13) S. 146}

Das Schulgesetz vom Aug./Okt. 1925 führte zur Schließung von 1/3 der deutschen Schulklassen. Konkret 4.000; zusätzlich 354 Volksschulen, 39 Oberschulen. Zur gleichen Zeit wurden im deutschen Siedlungsgebiet tschechische Schulen eröffnet, wobei wirtschaftlich abhängige Sudetendeutsche genötigt wurden, ihren Nachwuchs in die neuen tschechischen Schulen zu schicken. Während für deutsche

11) Rudolf Jung, "Die Tschechen -- Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf", Berlin 1937.

12) Aador Hencke, "Augenzeuge einer Tragödie", München 1977, S. 32 - 33.

Schulklassen eine Mindestzahl von 60 Schülern vorgeschrieben wurde, genügten für tschechische Schulen bereits 5 - 10 Kinder ^{8) S. 88}

Steuergesetze und wirtschaftspolitische Maßnahmen sorgten für dauerhafte, auf Existenzvernichtung abzielende Benachteiligung aller Industrie- und Gewerbeunternehmen, die sich im Besitz von Sudetendeutschen befanden. So erhielten z.B. Kredite der tschechischen Großbanken oder gar öffentliche Aufträge entweder nur tschechische Firmen oder im Ausnahmefall deutsche Firmen, die nachweisen mußten, daß sie einen angemessenen Anteil an tschechischen Arbeitern aufwiesen oder/und tschechische Führungskader an der Betriebsleitung beteiligten. Rohstoffkontingentierungen bewirkten ein übriges.

Schon 1919 hatte der tschechische Finanzminister **Raschín** die Beschlagnahme aller Bankguthaben, Depots und Kriegsanleihen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie verfügt, was durch die Art der Handhabung über Nacht zu einer grundsätzlich bleibenden Verschuldung der meisten deutschen Geldinstitute bei tschechischen Banken, vornehmlich der "Zivnostenská banka" führte. ^{9) S. 188}

"Erst löste man die Kriegsanleihen nicht ein, dann lastete man die altösterreichischen Schulden, die der neue Staat hätte übernehmen müssen, ausschließlich den Sudetendeutschen an und schädigte sie so in ihrem Volksvermögen um 11 Milliarden Kronen. Der deutsche Markt wurde boykottiert, der tschechische subventioniert. Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Randgebieten stieg an, die Sterblichkeitsziffern nahmen zu und die Selbstmordstatistik wies unglaubliche Zahlen auf. Trotz aller Gewalt Herrschaft verhielten sich die Deutschen loyal und erfüllten gewissenhaft ihre staatsbürgerlichen Verpflichtungen. Die deutsche Jugend oblag befehlsgetreu der tschechischen Milidüpflicht." ^{10) S. 88}

Die tschechische Zeitung **Tribuna** zitierte am 17.5.1922 den Generalkurator des Industrie- und Bankkonzerns "Z.vno" mit den Worten:

"Die deutsche Industrie wird die Nichteinlösung der Kriegsanleihe nicht aushalten und durch die tschechischen Banken sehr leicht zu übernehmen sein." ^{11) S. 190}

Reinhard Pozorny schildert ergänzende Einzelheiten.

"Im März 1919 wurden im ganzen Gebiete des tschechischen Staates mit der Abstempelung der Noten der österreichisch-ungarischen Bank und damit mit einer Währungstrennung begonnen. Die großen Umstellungen in der Währungs- und Finanzpolitik zwangen die meisten industriellen Gesellschaften und Banken, tschechische Verbindungsmänner in ihre Verwaltungsräte aufzunehmen, wodurch zahlreiche deutsche Betriebe nach und nach einen tschechischen Beamtenkörper bekamen ..."

Die Sudetendeutschen wurden als Industriefaktor außerdem durch die immer stärker zutage tretende Übersteuerung der Industrie und des Bergbaues und durch die Verlagerung des Schwergewichtes von der Personal auf die Verbrauchssteuer zunehmend geschädigt.

Im Jahre 1918 gab es in der CSR 10 718 Betriebe, davon befanden sich 80% in deutschen und 20% in tschechischen Händen.

Zehn Jahre später waren es 12 498 Industriebetriebe, von denen 60% deutsch und 40% tschechisch waren.

Wieder zehn Jahre später zählte man 11 159 industrielle Unternehmungen, von denen nur noch 45% einen deutschen Besitzer hatten und 55% Tschechen gehörten.

Von 1918 bis 1928 gingen rund 2 000 deutsche Industrieunternehmen verloren, fast ebenso viele wurden im tschechischen Gebiet errichtet. ^{12) S. 188, 181}

Im Gedenkbuch für Wenzel Jaksch, der seit 1929 im Prager Parlament Platz genommen hatte, wird über seinen Wahlkreis Pilsen berichtet.

"Es war eine absterbende Industrie. Die Glasfabriken in Holleischen und Stankau standen vor der Stille. Ihre spätere Niederlegung zerstörte die Lebensgrundlagen ganzer Gemeinden. In der Tabakfabrik von Taschau machte sich die tschechische Nationalpolitik verderblich bemerkbar. Die Kleinindustrie der Randgebiete gegen Bayern verfiel. Der Marienbader Kurbetrieb litt unter der einsetzenden Krise und unter der deutschfeindlichen Bodenreform. Die Schächte von Nürschan und Mantau arbeiteten kurz wegen Kohlenmangels. Die Preise der Agrarprodukte fielen auf dem Weltmarkt und machten den kleinen Landwirten das Auskommen fast unmöglich. In den mit Volldampf arbeitenden Skodawerken war kein deutscher Arbeiter unterzubringen." ^{13) S. 24}

Als die Arbeitslosigkeit 1932 ihren Höhepunkt erreichte, waren von 16 Bezirken = 15 deutsche von der höchsten Arbeitslosigkeit betroffen, wobei die Arbeitslosenunterstützung für 2/3 aller Arbeiter wöchentlich unter 18 Kronen = 1,80 RM lag, sofern sie überhaupt gezahlt wurde. *"Viele wurden ihrem Elend ohne jede Unterstützung überlassen"*. Arbeitslose waren von der Krankenkasse ausgeschlossen und verblieben ohne ärztliche Hilfe. Es gab Orte im Sudetenland, in denen 75% der erwachsenen Bevölkerung in die Arbeitslosigkeit gedrückt worden sind. ^{14) S. 181, 184} Die Arbeitslosigkeit im deutschen Gebiet übertraf den tschechischen Teil des Landes um das Doppelte. ^{15) S. 88}

"Man sah der Massennot im deutschen Gebiet kaltblütig zu, man drosselte die bescheidene Hilfe an die Arbeitslosen, man schickte zu Notstandsarbeiten ins deutsche Gebiet tschechische Firmen mit tschechischen Arbeitern, denen die deutschen Arbeitslosen hungernd zuschauten." ^{16) S. 27}

"Die Krise war erst im Ansteigen, als das tschechoslowakische statistische Staatsamt mitteilte, 1920 - 1930 hätten über 20 000 Sudetendeutsche durch Selbstmord geendet. Im Verhältnis bedeutete das die höchste Selbstmordziffer Europas. Die Ziffer sollte in den folgenden Jahren noch ungeheuerlich ansteigen, — allein schon ein mehrhundertfaches Lidice, wenn Lidice überhaupt je mit dem Sudetendeutschtum zu verrechnen wäre!" ^{17) S. 92}

Der tschechische Fürsorgeminister **Neschas** räumte auf einer Pressekonferenz, auf das Arbeitslosenelend im Sudetenland angesprochen, ein, daß in seinem Ministerium bereits über Auswanderungsmaßnahmen größeren Stils mit Zielrichtung Südfrankreich und Sowjetrußland nachgedacht werde. ^{18) S. 184}

Die Prager **Neue Morgenpost** gab im November 1935 den Bericht des tschechischen Staatsrechtlers **Dr. Traub** wieder, in dem es heißt:

"Die wirtschaftliche Grundlage ganzer Bezirke ist verloren gegangen. Wir haben Orte besucht, in denen 75% der gesamten erwachsenen Bevölkerung ohne Einkommen sind. Erwerbslose zeigten uns unter Tränen das letzte zerlumpfte Hemd."

Andere erklärten, schon seit 3 Tagen keinen Bissen Brot mehr genossen zu haben."

Verbot des "Verbandes Volkssport" vom 20. Februar 1932. Er sei staatsgefährlich und habe bereits des öfteren die Ruhe und Ordnung gestört, militärischen Charakter gehabt, da er u.a. Marschübungen in militärischen Formationen durchgeführt habe. Tatsächlich war er als Versammlungsschutz der DNSAP eingesetzt und als Parteigliederung bekannt. Rund 300 seiner Funktionäre, die auch der DNSAP angehörten, wurden in diesen Prozeß vor dem Brünner Oberlandesgericht hineingezogen.

Nach Ablehnung jeglicher Zeugen und Beweisanträge stempelte das Gericht die Angeklagten unter Bezugnahme auf das Staatsschutzgesetz zu kriminellen Staatsfeinden ab und kerkerte sie mit Urteil vom 24.9.1932 ein. Angeblich hätten sie eine geheime deutsche Armee aufgebaut und "Anschläge gegen die Republik" geplant. Daß man bei den "Volkssport-" und Parteimitgliedern nirgendwo Waffen gefunden hatte, spielte keine Rolle. Selbst die SPD verwahrte sich gegen eine solche "Justiz".

"So folgt dem Zusammenbruch der sudetendeutschen Wirtschaft der Verfall der Gemeinden. Das völlige Ende der sudetendeutschen Selbstverwaltung rückt in greifbare Nähe, d.h. der deutschen Volksgruppe in der Tschechoslowakei wird vollends der Boden unter den Füßen weggezogen und die Existenzmöglichkeit genommen. Sie soll ein Hetotendasein führen.

Politische Prozesse sollen sie überdies vollkommen einschüchtern, ihr jede Lust zum Aufmucken nehmen und den ungestörten Fortgang der planmäßigen Vertreibung des deutschen Gebietes sicherstellen." (11) (12)

Verbote des ns-Jugend- und -Studentenverbandes folgten. Verbandesvermögen wurde beschlagnahmt, das Zeigen des Hakenkreuzes verboten, jahrelange schwere Kerkerstrafen wegen deutscher Gesinnung verhängt.

In den ersten Tagen des Oktober 1933 hatte das oberste Brünner Gericht im Revisionsverfahren des "Volkssportprozesses" gegen führende Männer der 1919 von Hans Knirsch (U am 6.12.1932) gegründeten DNSAP – selbst gegen deren Abgeordnete – die Ziele dieser Partei als staatsfeindlich und damit bereits die Mitgliedschaft in dieser Partei für strafbar erklärt. Die unmittelbar darauf erfolgte Selbstauflösung kam dem am 4.10.1933 verfügten Verbot um einen Tag zuvor. Kontenbeschlagnahmen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verbote von Fachverbänden, Parteigewerkschaften mit 70.000 Mitgliedern und Pressearbeit folgten flächendeckend. Die von der Parteigewerkschaft versorgten 15.000 Arbeitslosen wurden noch tiefer ins Elend gedrückt. Zudem wurden den Mitgliedern der DNSAP und auch der Deutschen Nationalpartei jedwede künftige politische Betätigung untersagt. Gleichzeitig kassierten die Tschechen 15.000 Mandate dieser Parteien. – Alles, was ein Polizeistaat, Verzeihung, "eine höhere Schweiz", zu bieten hatte, ward aufgeboten.

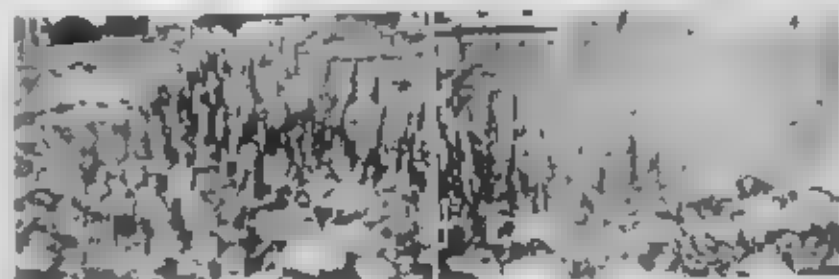
Das Gesetz betreffend die Verfolgung staatsfeindlicher Tätigkeit von Staatsbediensteten und dergl." vom 12.7.1933 hat durch seine dehnbaren Bestimmungen und rückwirkende Anwendung durch die Richter die Rechtswillkür im Lande weiter erheblich vergrößert.

Das Parteien-Auflösungsgesetz vom 25. Oktober 1933 nahm das Revisionsurteil des obersten Brünner Gerichts zum Anlaß, unerwünschte, sogenannte "staatsgefährdende" Parteien auf dem Gesetzeswege grundsätzlich zu verbieten.

Wenzel Jaksch am 26. April 1936 in Karlsbad vor Vertrauensleuten der SPD

"... Ohne daß man Schuldfragen aufwirft, darf man feststellen, daß die Deutschen vom Verfassungswerk ausgeschaltet waren. Die Grundfragen des nationalen Zusammenlebens wurden seit 1918 entweder einseitig beantwortet, oder sie sind ungelöst geblieben." (13)

So geht der nationale Kleinkrieg auf allen Fronten weiter und verpestet die innenpolitische Atmosphäre. Die tschechische Formel, daß die Verpflichtungen des Minderheitenver-



Völkischer Tag in Falkenau 1930. Redner Hans Knirsch, Gründer der DNSAP. Der tschechische Staatspräsident ließ diese Partei Anfang Oktober 1933 verbieten und versuchte mit rigorosen Strafprozessen aus ihren Funktionären Kriminelle und Staatsverräter zu machen.

trages erfüllt wurden, kann uns nicht befriedigen. Die Sudetendeutschen sind keine Minderheit im ethnographischen Sinne, sondern ein durchgebildeter Volkskörper. Seit Jahrhunderten sind sie Träger eines politischen Sonderschicksals. Wer uns als Minderheit abtun will, bedenke, daß in Europa mehrere Völker von geringerer Zahl ihren eigenen Staat haben. Die tschechische Politik krankt an der Unterschätzung der inneren Staatsprobleme. Unzählige Verträge wurden nach außen hin abgeschlossen, während nach innen nicht die bescheidenste nationale Vereinbarung getroffen werden konnte. ...

Neben der legalen gibt es hierzulande eine illegale Nationalitätenpolitik. Offiziell werden die Deutschen als Gleiche unter Gleichen bezeichnet. Inoffiziell aber sind die nationalen tschechischen Kampfvereine als Hüter der nationalen Ungleichheit tätig. ...

Wer den letzten deutschen Briefträger oder Eisenbahner ausrotten will, ist ein Totengräber der Staatsgesinnung im Grenzgebiet. Vom staatspolitischen Standpunkt aus ist es Wahnsinn, in die überfüllten Krisengebiete immer neuen Menschenzug zu lenken. Dadurch werden in der deutschen Bevölkerung die Krisenstimmungen immer mehr auf das nationale Gebiet verschoben.

Die tschechische Politik steht vor der inneren Entscheidung darüber, ob in ihrer Staatskonzeption für die Sudetendeutschen Platz ist oder nicht. ... 10. 8. 1936

Wir erklären ganz offen, daß die nationale Benachteiligung der Deutschen im öffentlichen Dienste, in der Sprachenfrage und in der ganzen Verwaltung einen Grad erreicht hat, der allgemein als unhaltbar empfunden wird. ... 10. 8. 1936

Das Staatsverteidigungsgesetz vom 13.5.1936 plus ergänzende Verordnungen

"Der Regierung wurden weitgehende Vollmachten eingeräumt, wichtige Industriezweige zu kontrollieren und darin beschäftigte Personen, einschließlich der Arbeitgeber, zu entlassen, wenn sie in den Augen des Staates unzuverlässig erschienen. Ferner erhielten die Behörden das Recht, aus Sicherheitsgründen Grundbesitz zu enteignen, Ausweisungen vorzunehmen und Aufenthaltsgenehmigungen zu entziehen." 10. 8. 1936

+ 14

Wilhelm Pleyer, der die eindrucksvollsten Jahre seiner Jugend in der Tschechoslowakei verlebte, faßte die Lage markant in den Worten zusammen:

Die tschechisch-sowjetischen Beziehungen 1935 - 1938

War die Politik des tschechischen Außenministers (1918 - 1935) und Staatspräsidenten (1935 - 1938) Eduard Benesch von Anfang an auf die Absicherung durch die Versailler Siegermächte ausgerichtet, so gelang ihm 1934 durch die Einbeziehung der UdSSR in den Völkerbund das Gewicht der Tschechoslowakei auch nach Osten hin zu verlagern. Der von Prag geführte kleine Vielvölkerstaat präsentierte sich als souveräner Mitgestalter im Kreis der europäischen

"Die Sudetendeutschen s o l l e n Staatsfeinde sein, darum wurde jeder gute Wille verhöhnt, darum wurden sie aufs Blut gereizt, denn Staatsfeinde konnte man unbekümmert bekämpfen und vernichten. An diesem tschechischen Grundsatz mußte auch die Politik der sudetendeutschen Regierungsparteien (Agrarpartei + SPD, - d. Verf.) scheitern. Man muß brauchte ihre Ergebnisheit und dachte nicht daran, ihr zu lohnen.

Noch 1936, als die Zeit wahrlich schon sehr weit vorge-schritten war, war besonders in den Reden des Außenministers Krofta, einer Schallplatte Benesch's, die tschechische Logik deutlich: die Tschechoslowakei ist ohne die Teilnahme, ja gegen den Willen der Sudetendeutschen entstanden, daher können sie nur minderes Recht in diesem Staate haben. ... 10. 8. 1936

Angesichts dieser Problemlage im eigenen Land hält man es kaum für glaubhaft, daß die tschechische Führung zu Beginn des Jahres 1933 noch Kriegspläne gegen Deutschland zusammen mit Polen, das Ostpreußen an sich reißen wollte, schürte, um mit Frankreich gemeinsam gegen das "Hitler-Regime" militärisch vorzugehen, "solange es noch schwach war". Der Krieg im Namen von "Judea" war ja schon am 24. 3. 1933 erklärt. Man hatte ja "Freunde"

Am 22. April 1933 meldete der deutsche Botschafter in Italien, Ulrich von Hassel, in einem Dringlichkeitstelegramm, daß im Kreis um den tschechischen Staatspräsidenten Thomas Masaryk gemeinsam mit Polen ein Militärschlag gegen Deutschland geplant werde. Drei Tage später, am 25. April um 12.45 Uhr bestätigte der deutsche Gesandte in Prag, Walter Koch, aufgeregt nach Berlin

"Es gibt keinen Zweifel darüber, daß auf der Prager Burg, wo sich alle internationalen Verschwörungen gegen Deutschland zusammenfinden, sehr sorgfältig ein Präventivkrieg erörtert wird ... Kürzlich sprach Präsident Masaryk von Krieg wie von etwas Selbstverständlichem. Ich bin überzeugt, daß Polens Einfluß hier einen ständigen Druck zugunsten eines Präventivkrieges ausübt und daß die Tschechen die Absicht haben, aktiv zu intervenieren." 10. 8.

Kurz darauf versammelte Hitler das Kabinett zur Beratung der Invasionsgefahr. Nachdem Frankreich von diesem Treiben Abstand genommen hatte, wurden diese Initiativen in Prag und Warschau fallen gelassen.

Großmächte, bei denen Deutschland - die Weimarer Republik gleichermaßen wie das Dritte Reich - allerdings nach wie vor ein deklassierter Stellenwert zumak

Der am 16. Mai 1935 abgeschlossene Freundschafts- und militärische Beistandspakt zwischen den beiden ohne hin deutsch-feindlich eingestellten Staaten wie der Sowjetunion und der Tschechoslowakei hat eine europäische Dimension erhalten und für Deutschland bedrohliche Signale ausgelöst. Folgte er doch unmittelbar auf den wenige Tage

13) Wenzel Jacksch hatte zwar der verfassungsgebenden Nationalversammlung angehört, doch hatten die Vorstände der tschechischen Parteien die Verfassung für sich allein entschieden

13 a) Documents on German Foreign Policy, London, 1933 Doc. 343. - Vergl. Edwin Black, "The Transfer-Agreement", New York 1984 S. 112-117.

zuvor (am 25.) vereinbarten französisch-sowjetischen Bündnisvertrag. Ein französisch-tschechischer Freundschafts- und Bündnisvertrag bestand ohnehin schon seit dem 25.1.1924. Nicht erstaunlich war es daher, daß die Regierung in Prag bereits im März 1936 anläßlich der symbolischen Wiederbesetzung des entmilitarisierten Rheinlandes den Franzosen offerierte, sie würde, falls Frankreich deswegen militärisch gegen Deutschland vorgehe, ebenfalls ihre Truppen von Osten her in Marsch setzen.

Da für die kommunistische Ideologie ein "bourgeoiser, kapitalistischer" Nachbar schon auf Grund seiner Existenz als "Aggressor" galt, bedurfte es laut Vertragstext keiner weiteren "Begründungen", um die sowjetische militärische Hilfe sofort wirksam werden zu lassen, sobald die Tschechen, aus welchem Grund auch immer, sich mit den Deutschen militärisch anlegen sollten. Die Vorwegnahme einer "deutschen Schuld" entsprach gleichermaßen der damaligen französischen Politik. Wenn auch Frankreich noch nicht bereit war, einen Krieg mit dem neuen Deutschland ins Auge zu fassen, so konnte man doch schon die Blicke darauf



"Die glücklichste Stunde seines Lebens" nannte Eduard Beneš den Augenblick, in dem er 1935 den Freundschafts- und Beistandspakt mit der Sowjetunion abschloß und so den Verrat Osteuropas an den Bolschewismus einleitete. Jahre später sollte er mit Roosevelt und Churchills Unterstützung die Vertreibung der Sudetendeutschen als Vorstufe zur Vertreibung der gesamten ostdeutschen Bevölkerung veranlassen, unermessliches Blut vergießen und Elend verursachen, um anschließend selbst von Stalin ausgehöhlet zu werden.

ausrichten und Vorbereitungen treffen, die Allianz festigen.

Als bald flogen sowjetische Techniker und führende Luftwaffenexperten in die Tschechoslowakei, legten mehr als 20 militärische Flughäfen an, stationierten etliche Beobachtungs-, Kampf- und Jagdflieger-Einheiten. Das offizielle Organ des tschechischen Ministerpräsidenten, *Slovensky Dennik*, erklärte hierzu 1936:

"Nun denn, wenn die Flugplätze für die Staatsverteidigung notwendig sein werden, dann werden wir natürlich darauf keine Gänse weiden. Sie werden auch allen Freunden dienen, die uns helfen." (1) S. 72

Da weder dieser militärische und zivile Ausbau des sowjetischen Flugnetzes in der Tschechoslowakei, noch die übrige Ausbreitung der sowjetischen Infiltration im Presse- und Kulturbereich geheim bleiben konnte und sollte, ist

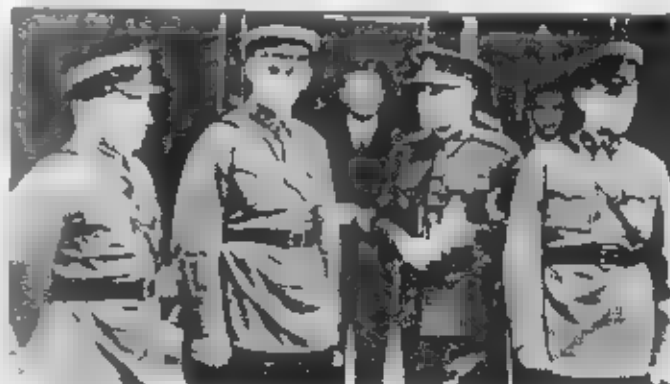
es nicht verwunderlich, wenn Tschechen und Franzosen bei Würdigung der europäischen Landkarte selbst als erste den Begriff vom "Flugzeugmutterschiff" erfunden und publiziert haben, mit dem sie die neue Funktion der Tschechoslowakei kennzeichneten. So z.B. der *Paris Soir* schon im Juni 1935, also nur einen Monat nach Vertragsabschluß. Immerhin gab es damals in der Tschechoslowakei 100.000 kommunistische Parteimitglieder und 1 Million kommunistische Wähler.

Was sich im einzelnen in diesem Beziehungsverhältnis UdSSR und Tschechoslowakei abgespielt hat, ist im Prinzip uninteressant im Vergleich zu der Tatsache, daß sich hierdurch nicht nur Deutschland bedroht fühlen mußte, sondern Frankreich und England im Prinzip ebenfalls, waren doch auch sie gleichermaßen zu bekämpfende "kapitalistische" Staaten, die von einem so weiten Vorstoß der roten militärischen Macht nicht erbaut sein konnten. So hat diese Problematik bei Abschluß des Münchener Abkommens und seiner Vorverträge bzw. Lösung der Sudetenfrage 1938 eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt.

Mit diesem Sowjetvertrag in der Tasche, versuchte der tschechische Außenminister im Geheimen bereits einen Krieg gegen Deutschland zu inszenieren! Nahum Goldmann, führender Sprecher der jüdischen Weltorganisationen, berichtete in seinen Memoiren über ein Treffen mit Eduard Beneš wenige Tage nach Bekanntgabe der Nürnberger Gesetze auf dem Reichsparteitag der NSDAP im September 1935:

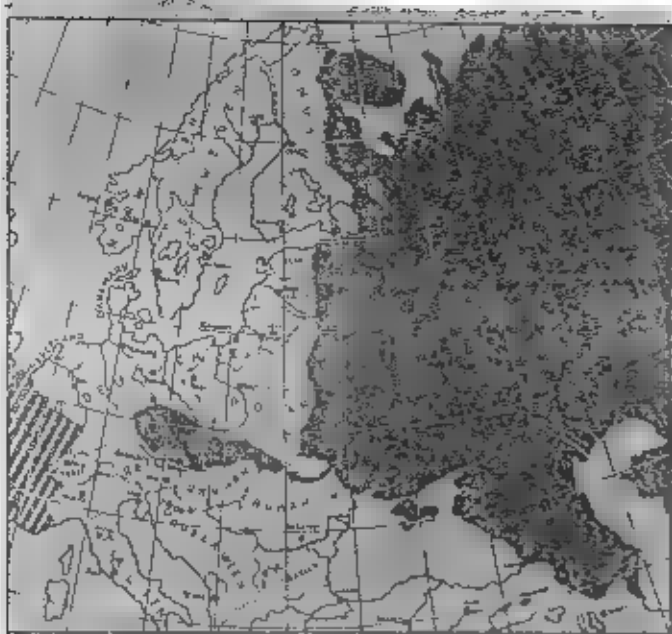
"Ich sehe ihn noch heute vor mir in seinem Ecksalon im Hotel Beau Rivage, wo er 2 Stunden lang erregt und beinahe schreiend hin und her ging und mich mit Vorwürfen überhäufte, warum das jüdische Volk nicht sofort in großem Stille reagiere, warum ich und meine Freunde nicht unverzüglich einen internationalen jüdischen Kongreß zusammenriefen, um dem nationalsozialistischen Regime unseren rücksichtslosen Kampf anzusagen. Er versicherte mir, daß er und viele andere nichtjüdische Staatsmänner uns ihre volle Unterstützung nicht versagen würden."

"Verstehen Sie denn nicht", rief er, "daß die Juden ihre Zukunft, ihre Gleichberechtigung auf der ganzen Welt gefährden, wenn sie nur mit lauen Gesten reagieren, ohne



1938 richteten sich sowjetrussische Militärmmissionen in der tschechoslowakischen Armee ein.

14) Karl Vietz, "Verrat an Europa - Ein Rotbuch über die Bolschewisierung der Tschecho-Slowakei", Berlin - Leipzig 1938.



die öffentliche Weltmeinung aufzurütteln und energisch gegen die Deutschen vorzugehen? So muß ja das Beispiel Hitlers geradezu anstecken und alle Antisemiten der Welt ermutigen.“^{14a}

Goldmann hat gewiß nicht alles über diese Zusammenkunft berichtet, wußten doch beide, daß "Judea" bereits am 24.8.1938 Deutschland den Krieg erklärt hatte. Harmlos war das alles nicht! Was hatte sich Benesch überhaupt in deutsche Angelegenheiten einzumischen?

Aus der sowjetischen Botschaftszeitung *Sowjetunion heute* vom 9.9.1938, S. 8 - 11 erfahren wir hierzu einige wenig bekannte Details

Im März/April 1938, also nach dem Anschluß Österreichs an das Reich, verdeutlichte die sowjetische Diplomatie der tschechischen Regierung, sie werde ihre Bündnispflicht einhalten, falls sie darum ersucht werde. Auch war erneut "das Einvernehmen mit Frankreich" vorausgesetzt. Moskau wollte die Franzosen unbedingt mit in einen Konflikt verwickeln. Die UdSSR habe hierzu alle notwendigen Mittel und schlage vor, Verhandlungen zwischen den Generalstäben der drei Länder einzuleiten.

Am 26. April 1938 stellte Michail Kalinin, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR fest:

"Selbstverständlich verbietet der Pakt den Seiten nicht, Hilfe zu leisten, ohne auf Frankreich zu warten."

Freilich war ein Ersuchen der tschechischen Regierung erforderlich. Im September 1938 bestätigte Moskau diese Haltung nicht nur, sondern wandte sich am 25.9. auch an den französischen Generalstabschef mit folgender Mitteilung:

"Die sowjetische militärische Führung habe eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um der Tschechoslowakei Unterstützung zu erweisen. Dazu gehörten u. a.

1, 30 Schutzendivisionen sind in unmittelbar an der westlichen Grenze gelegene Bezirke verlegt worden. Dasselbe erfolgte mit Kavalleriedivisionen.

2) Truppenteile wurden entsprechend mit Reservisten aufgefüllt

3) Was die technischen Truppen -- Fliegerkräfte und Panzer-

truppen betrifft, so befinden sie sich in voller Gefechtsbereitschaft.

Außer den Truppen, die an die westliche und südwestliche Staatsgrenze verlegt worden waren, wurde noch eine zweite Staffel von Streitkräften bestehend aus 30 Schlitzendivisionen, 6 Kavalleriedivisionen, 2 Panzerkorps, 15 selbständigen Panzerbrigaden und 34 Flugzeugbasen in Gefechtsbereitschaft versetzt. Darüber hinaus wurden 330.000 Reservisten einberufen."

Sowjetunion heute fuhr fort.

"Die Regierung der Tschechoslowakei hatte im Herbst 1938 die Möglichkeit, das Diktat von München zurückzuweisen.

Das reale Kräfteverhältnis sprach bei weitem nicht für den Aggressor »Aufmarsch Grün« sah für den Einsatz gegen die



"Wir sind nicht allein, wir fürchten uns nicht!"

Tschechoslowakei 30 Divisionen vor. Die Tschechoslowakei verfügte damals u. a. über 45 Divisionen, 2 Millionen Militärangehörige, 1.582 Flugzeuge, 469 Panzer und 5.700 Geschütze. Sie hatte zuverlässige Grenzschutzanlagen, die der deutschen Siegfried- und französischen Maginot-Linie in nichts nachstanden. Trotzdem wurde kapituliert."



Im Zeichen von Hammer und Sichel glaubte sich die Prager "Demokratie" vor allen Freiheitsbestrebungen der von ihr unterdrückten Volkstümer geborgen. Angesichts dieser vielen "Freunde" schien man sich innen- und außenpolitisch alles, selbst gegenüber Großbritannien und Frankreich, erlauben zu können. Was zählte da Deutschland?

14 a, Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", Frankfurt/M. Wien 1960, S. 257

Konrad Henlein schafft einen neuen Ansatz

Am 1. 10. 1933 begründete der ehemalige Turnlehrer und Turnwart des Sudetendeutschen Turnerverbandes die "Sudetendeutsche Heimatfront" und präsentierte sie als neue Wahlbasis in dem von den Tschechen erzwungenen parteipolitischen Vakuum für das Sudetendeutschtum. Sein Start war besonders dadurch erschwert, als er völlig neue Führungskader finden mußte, die noch kein politisches Berufsverbot auferlegt bekommen hatten. Doch Henlein schaffte es, sich rasch Geltung zu verschaffen. Kurzfristig vor der endlich 1935 festgelegten Parlamentswahl verbot ihm der tschechische Wahlleiter den Namen "Heimatfront" und forderte den Begriff "Partei". So trat Konrad Henlein in den Wahlkampf als "Sudetendeutsche Partei" ein, wobei schon der Name die Einheitlichkeit des Sudetendeutschtums demonstrierte. Ergebnis: Nach der Wahl am 19. Mai 1935 zog die SdP, gestützt von fast 1,25 Millionen Stimmen, als stärkste Partei in der gesamten CSR – wenn auch kraft der herrschenden Wahlgesetze als 2.-stärkste Fraktion – in das Prager Parlament ein.¹⁶⁾ Das herrschende Wahlrecht machte es möglich, der SdP trotz größter Stimmzahl und ungleicher Voraussetzungen nur 44 Mandate, eines weniger als der tschechischen Agrarpartei mit 45 Sitzen zuzuteilen.

Die tschechische Regierung verweigerte der SdP eine Beteiligung an der Regierung, doch war ihr internationales Ansehen und damit das sudetendeutsche Faktum ungemain angewachsen. Schließlich entsprach ihre Bevölkerungsgröße jener Dänemarks. Konrad Henlein verstand es, dieses Prestige auszuweiten, was die tschechische Führung nicht hinderte zu versuchen, ihn mit Verboten und Auflösung von Turnvereinen und Ortsgruppen zu Fall zu bringen. So lösten die Tschechen allein in dieser Zeit über 100 sudetendeutsche Turnvereine auf.

Nach dem Anschluß Österreichs an das Reich hat sich die Lage der Tschechen grundlegend geändert. Die mühsam errichtete Befestigungsanlage im nördlichen Grenzland war angesichts der territorialen Umfassung des Landes mit mehr als 1 900 km Reichsgrenzen wertlos geworden.

Dennoch schien die Kriegsgefahr gewachsen, da der seit Dezember 1935 amtierende Staatspräsident Eduard Benesch in seiner Auffassung verharrte, daß er, gestützt auf die Völkverbundsmächte und deren unverändert beibehaltenen "Rechtsgrundlage von Versailles", sowie seine Bündnisverträge mit Frankreich und der Sowjetunion, die Sudetendeutschen weiterhin verdrängen könne.

Während Konrad Henlein im März 1938 alle Versammlungen absagte und auch Hitler sich gegenüber der Tschechoslowakei zurückhielt, trat Henlein am 24.4.1938 in Karls-

bad mit seinem 8-Punkte-Programm an die Öffentlichkeit.

1. Vollständige Gleichstellung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk.
2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit.
3. Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.
4. Ausbau der deutschen Selbstverwaltung
5. Gesetzlicher Schutz für jene Deutschen, die außerhalb



Konrad Henlein bei seiner Rede in Karlsbad
am 24. April 1938

der geschlossenen Gebiete ihres Volkes leben

6. Beseitigung und Wiedergutmachung allen Unrechts
das dem sudetendeutschen Volke seit dem Jahre 1918 zuge-
fügt worden ist.

7. Anerkennung und Durchführung der Grundsätze. Im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte

8. Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volk und zur deutschen Weltanschauung

◆◆◆◆◆

Kommentar von SPD-Chef Wenzel Jaksch auf einer Tagung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale am 30. Mai 1938

"Wir bitten unsere Freunde, uns bei der Lösung folgender Aufgaben behelflich zu sein. Erstens muß die Legende zerstört werden, daß die Anhänger Henleins Unterdrückte sind. Sie sind teils aktive, teils verhinderte Unterdrücker und Terroristen. Zweitens: Henlein ist vor der europäischen Öffentlichkeit als Kriegsbrandsüfter zu brandmarken. Der Beweis dafür ist sein letztes Interview mit Ward Price im Daily Mail. Drittens: Das Verdienst der Tschechoslowakei um die Rettung des europäischen Friedens muß mit größtem Nachdruck unterstrichen werden." (19. 8. 1938)

4) Die SPD erhielt damals 11 Mandate, die Christlich-Sozialen = 6, der Bund der Landwirte = 5. Sie erhielten in der tschechischen Regierung Alibifunktionen ohne Wirkung. Nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland im März 1938 lösten sich die Christlich-Soziale Partei und der Bund der Landwirte auf, während die SPD im Frühjahr 1938 weiter zurückfiel.

Sudetendeutscher Volkstumskampf

Von Gauleiter Konrad Henlein, Reichenberg,

Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht

"Recht ohne Macht ist hilflos. Macht ohne Recht ist Tyrannie. Macht muß dem Rechte zur Seite stehen, wenn es nicht bloß idealer Wunschtraum bleiben, sondern in der Welt harter Tatsachen in Geltung stehen soll."

Die Einverleibung von 3½ Millionen Sudetendeutschen in den tschecho-slowakischen Staat war ein reiner Willkürakt, ohne jeden Rechtstitel. Ja, noch viel mehr: Sie war die Verletzung des feierlich vor aller Welt von den Westmächten deklarierten Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes. Als das Sudetendeutschum am 4. März 1919 dieses Recht für sich beanspruchte, fielen 54 deutsche Menschen in den Straßen unserer Städte als Butzezeugen eines unverjährbaren Rechtsanspruches. Von seiner Gründung an war also der tschechische Staat mit einer Hypothek des Unrechtes belastet, die sich durch das Verbrechen des 4. März 1919 in eine Blutschuld gewandelt hatte. Das Sudetendeutschum hat niemals seinen Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht aufgegeben. In den staatsrechtlichen Erklärungen der Gründungsjahre der Republik war es immer wieder gefordert worden.

Die zweite Hypothek des Unrechtes, die der Staat seit seiner Gründung zu tragen hatte, war die Nichteinhaltung der sog. »Minderheitenschutzverträge«, die den Nationalitäten innerhalb der tschecho-slowakischen Republik wenigstens gewisse Mindestrechte sichern sollten. Die Tatsache, daß sie nur einige Schutzrechte für die einzelnen Individuen vorsahen, nicht aber ein Gesamtrecht für die ganze Volksgruppe, ihre Verknüpfung mit der Genfer Liga, vor der nur der Einzelne und nicht die Gemeinschaft als Kläger auftreten konnte, gaben die Handhabe, sie von vornherein zu tatsächlich unwirksamen Bestimmungen zu machen.⁶⁾ Dazu kommt, daß die tschechische Staatsführung überhaupt nicht daran dachte, selbst diese geringen Schutzbestimmungen zu achten. Sie war von Anfang an darauf aus, via facti sie immer mehr außer Kraft zu setzen. Durch die Bestimmungen des späteren Staatsverteidigungsgesetzes wurden sie schließlich praktisch überhaupt aufgehoben.

In dem ersten großen Zeitabschnitt des Bestandes des tschechischen Staates fehlte dem Sudetendeutschum jede Macht. In eine Unzahl von Parteien zersplittert, mußte es zum willenlosen Spielball aller unserem Volkstum feindlichen Kräfte werden. Es fehlte aber auch der klare und zielbewußte Kampf um unser Recht. Damit sollen nicht alle jene Versuche geringgeschätzt sein, die von einzelnen Personen immer wieder unternommen wurden. Sie kamen aber über die Bedeutung gelegentlicher Erklärungen, Rechtsverwahrungen oder privater Arbeiten nicht

hinaus, weil ihnen der politische Nachdruck einer in sich geeinten Volksgruppe mangelte.

In beiden Punkten — gegen das bereits bei der Staatsgründung begangene Unrecht und um die Sicherung der innenpolitischen Machtposition des Sudetendeutschums — setzte die Arbeit der »Sudetendeutschen Partei« mit Hochdruck ein. Schon in unseren ersten Kundgebungen erklärten wir den »grundsätzlichen Rechtskampf« als Parole unserer ganzen Arbeit. Von vornherein hoben wir damit unseren Kampf aus dem Interessentstreit von Parteien auf eine ganz andere und viel höhere sittliche und ethische Ebene, als die, auf der er bisher geführt worden war ...

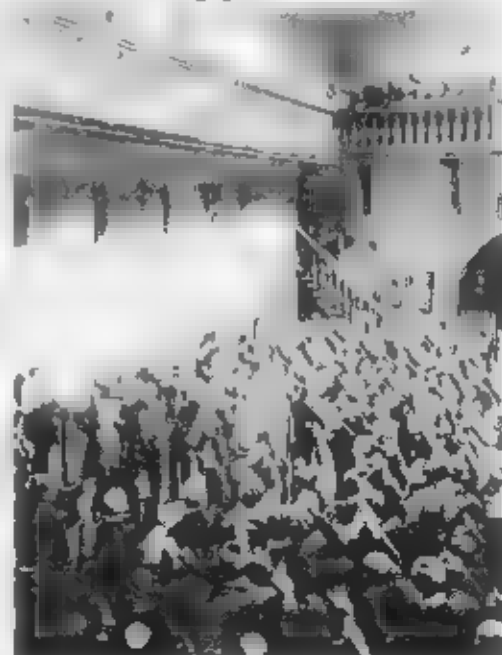
In der gesamtstaatlichen Innenpolitik richtete sich dieses grundsätzliche Ringen gegen zwei Zentralkpunkte.

1. gegen die mit allen Mitteln einer raffinierten und verlogenen Auslandspropaganda verbreitete Behauptung, daß die Tschecho-Slowakei ein Nationalstaat sei.

2. gegen die These, daß die tschechische Staatsform eine Demokratie sei, in der der tatsächliche Wille der gesamten Bevölkerung unverfälscht zum Ausdruck und zur Geltung komme. ...

Das Sudetendeutschum hatte gegen diese Vernichtungsab-

sichten an tatsächlichen machtmäßigen Abwehrmitteln, die der Angriffswalze des Gegners nur halbwegs gleichwertig gewesen wären, so gut wie nichts einzusetzen. Um so mehr mußte das Schwergewicht der Arbeit darauf gelegt werden, unsere unabhängigen Rechtsansprüche sowohl innerhalb des Staates als auch vor der



Auf dem Volkstag von Eger am 6.10.1922 fanden sich die Abgeordneten der deutschen Parteien, jedoch ohne die Sozialdemokraten, im alten Rathaus von Eger in dem Schwur zusammen, für das Selbstbestimmungsrecht des sudetendeutschen Volkes mit allen Kräften einzutreten und zu kämpfen.

6) Der am 0.9.1919 von der tschechischen Regierung unterzeichnete Minderheitenschutzvertrag bestimmte in seinem Art. 8:

"Tschechoslowakische Bürger, die einer nationalen Minderheit angehören, müssen die gleiche Behandlung und Sicherheit in Recht und Praxis genießen, wie die übrigen Bürger."

gesamten Weltöffentlichkeit darzulegen. Es sind gerade auf diesem Gebiete hochqualifizierte wissenschaftlich-politische Arbeiter zustande gekommen, die schließlich die tschechische These mehr und mehr ins Wanken gebracht haben. Dazu kam, daß wir den Gegner, wenn auch mit unendlich bescheideneren Mitteln, dort zu schlagen suchten, wo er sich bisher am sichersten glaubte, nämlich im Ausland. Unsere Aufklärungsarbeit, vor allem in England und Frankreich, konnte aber nur von Erfolg begleitet sein, wenn wir unsere Rechtsforderungen gerade für den formaldemokratischen Sinn der Weltvölker hieb- und stichfest darzulegen vermochten. ...

Die zweite Behauptung der Tschechen, daß ihre Staatsform das Musterbeispiel einer Demokratie sei, in der das Volk nur nach seinem Willen regiert wurde, war womöglich noch schwerer aus den Angeln zu heben. Im Laufe der 20 Jahre hatte sich in der tschechischen politischen Maschinerie, im Parlament, in der Verwaltung, im Justizwesen usw. ein unerhört feines System herausgebildet, unter dem Deckmantel scheinbarer Legalität einen rücksichtslosen Feindzug gegen alles Andersvölkische zu führen. Tatsächlich jedoch herrschte eine absolute Diktatur des tschechischen Regierungsklubs und der als System aufgelegenen tschechischen Regierungskoalition.

Es sei hier nur das Beispiel des Staatsverteidigungsgesetzes erwähnt. Im Schutze der seit 1918 blühenden Regierungsmehrheit hatte man sich auf dieses Gesetz geeinigt, das alle Macht in die Hand des Staatspräsidenten und des Militärs verlagerte. Nun ließ man diesen Gesetzentwurf, der in Wirklichkeit eine vollkommen neue Staatsverfassung bedeutete, als einfaches Gesetz lediglich mit einer Mehrheit – also nicht mit der für ein Verfassungsgesetz vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit vom Parlament, in einem geradezu skandalösen und jeder sachlichen Kritik hohnsprechenden Schnellverfahren annehmen. Nach außen hin war damit der »demokratischen« Form Genüge getan. In Wirklichkeit bedeutete dieses Gesetz eine diminutio capitis jeder »Demokratie« und die Einführung einer zwar verschieblich, aber um so totaleren Militärdiktatur. Man denke doch daran, daß innerhalb des »einheitlichen« Staatsgebietes durch die Einführung der sog. »Grenzzone« 2 Gebiete von totaler Verschiedenheit des Rechtes geschaffen wurden. Jede Buchhandelskonzession, ja sogar die Ausübung des Gewerbes eines Kammerjägers hing von der Gnade der Militärbehörde ab! Man denke daran, daß durch die Einführung des Begriffes »verlässlicher« und »unverlässlicher« Staatsbürger alle Nichttschechen zu Staatsbürgern 2. Klasse degradiert wurden usw.

Es ist das Verdienst der Juristen unserer Partei, mit nüchternen staats-, verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Argumenten in hieb- und stichfester Form dieses ganze Lügengewebe zerrissen zu haben. Die Reden, die zu allen diesen Fragen im Prager Parlament von unserer Seite gehalten wurden, sind Musterbeispiele eines rücksichtslosen geistigen Ringens gegen alle diese Vernebelungsversuche. ...

Ich erwähne hier nur den Gedanken der Anerkennung einer Volksgruppe als eigener Rechtspersönlichkeit mit bestimmten Gesamtrechten (völkischen Grundrechten) gegenüber dem Staat und damit der auch rechtlichen Volksgemeinschaft, die Organisation der Völker und Volksgruppen als Körperschaften öffentlichen Rechtes; den Gedanken der völkischen Selbstverwaltung, die Errichtung eines nationalen Katasters; den Schutz des Einzelnen in seinem Volksstammsbekenntnis, die Sicherung des Arbeitsplatzes und die

Garantierung des politischen und kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensraumes eines Volkes usw. Sichtbaren Niederschlag haben alle diese Gedanken in unseren so bekannt gewordenen Entwürfen der Volksschutzgesetze gefunden.

Durch die gewandte Prozeßführung ist es – um nur ein Beispiel zu nennen – gelungen, die ganze Praxis der tschechischen politischen Justiz hinsichtlich des § 2 des Republiksschutzgesetzes – Anschläge gegen die Republik – unter dessen Bestimmungen tschechischerseits einfach alles subsumiert wurde, restlos ad absurdum zu führen. Erst in den §§ des Staatsverteidigungsgesetzes über Militärverrat hatten sich die Tschechen wiederum ein taugliches Instrument für ihre jedem Rechtsempfinden hohnsprechende Rechtspraxis geschaffen.

Alle diese Arbeiten aber waren letztlich Endes doch wirkungslos geblieben, wenn sich hinter diese immer klarere Herausarbeitung unserer völkischen Rechtsansprüche nicht der einheitliche politische Wille unserer Volksgruppe gestellt hätte. Erst dadurch, daß die politische Einigung des Sudetendeutschen gelang, konnte das zielbewußte politische Wirken von 3½ Millionen Sudetendeutschen hinter unsere Rechtsforderungen gestellt werden. Zum Recht fand sich die »Macht« – soweit wir angesichts unserer politischen Lage überhaupt »Macht« auszuüben in der Lage waren.

Zum anderen machten wir durch unsere inner-sudetendeutsche Einigung auch das Ausland nachdrücklich auf unseren Rechtskampf aufmerksam. Der Westen mußte man sich an, nachdenklich zu werden, wann er sich vor Augen hielt, daß die überhaupt stärkste Partei des schwachschlesischen Parlamentes die »Sudetendeutsche Partei« war. Für das formaldemokratische Denken der Engländer wie der Franzosen war das immerhin ein Tatbestand, über den man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnte. Daß damit unsere auch im Ausland angemeldeten Rechtsansprüche entscheidend an Bedeutung gewannen, brauche ich wohl nicht erst hervorzuheben.

Trotzdem war es uns klar, daß wir diesen Kampf mit unseren Gegnern nicht gewinnen konnten, wenn nicht unser Recht seinen Anwalt in einer stärkeren Macht fand, in einer Macht, die nötigenfalls das Benesch-System zwingen konnte, endlich das Recht gelten zu lassen. Wir wußten, daß wir diese Unterstützung nur bei dem neuerstandenen Reich und seinem Führer erhalten konnten. Wären wir allein geblieben, – die brutale Macht des Herrn Benesch hätte sich über unser besseres Recht hinweggesetzt! ...»



Völkischer Tag in Tetschen-Bodenbach 1927

Benesch fordert die europäischen Großmächte heraus

Der britische Premier Neville Chamberlain auf einer Luncheon Party am 10. Mai 1938:

"Nichts sei klarer als daß die Briten nicht für die Tschecho-Slowakei kämpfen werden. Die Tschechen, falls sie vernünftig sind, müssen sich den deutschen Forderungen anpassen. Eine verkleinerte aber gesündere Tschechoslowakei werde sich daraus ergeben." 788

Einen Tag vor anstehenden Gemeindewahlen am 21. Mai 1938 verkündete der tschechische Staatspräsident unter dem erlogenen Vorwand, deutsche Truppen würden an der tschechischen Grenze zusammengezogen, die Teilmobilisierung seines Landes, wobei er im Sudetenland die Totalmobilisierung und das Standrecht anordnete. Die rund 200.000 Mann starke tschechische Armee wurde so um weitere 200.000 Reservisten aufgestockt, die unverzüglich gut ausgerüstet in die grenznahen Gebiete, d.h. in das Sudetenland verlegt wurden.

Dieses schnelle und scharfe Handeln ist zweifellos von Kriegstreiberkreisen der britischen Diplomatie und Presse genährt worden, die der tschechischen Regierung auch wiederholt zu verstehen gaben, daß Deutschland für einen Krieg mit den europäischen Großmächten gar nicht vorbereitet sei und sich daher einen Angriff auf die Tschechoslowakei nicht leisten könne. Der britische Regierungschef war über diese Hintergrund-"diplomatie" sicherlich nicht unterrichtet. Er wurde später selbst Opfer dieser Kreise. Benesch hatte sich jedenfalls bis zum endgültigen Ultimatum der britischen und französischen Regierung am 21. September 1938 stets auf seine Freunde – vornehmlich die gegen Deutschland agierenden Hintergrundkräfte in London und Paris – verlassen, wußte er doch um die ihm seit Versailles zugedachte strategische Rolle an der deutschen Ostgrenze und die ihm insbesondere von Frankreich in seinen Bündnisverträgen von 1924 und 1925 garantierten Grenzen.

In Deutschland konnten sich die Journalisten sofort von der Haltlosigkeit deutscher Truppenbewegungen überzeugen. Benesch beeindruckte das wenig und hielt die wesentlichen seiner militärischen Maßnahmen, vor allem in den sudetendeutschen Grenzgebieten, aufrecht, wengleich er das Gros der Reservisten Mitte Juni wieder nach Hause schickte. Das Wahlergebnis am 22.5. mit über 90% Stimmen der deutschen Wähler für die SdP glich einer Volksabstimmung.

Auf Grund dieses Wahlergebnisses und der weiteren Lageverschärfung in der CSR, zu der auch die nachhaltigen Autonomieforderungen der Slowaken und Karpathoukrainer sowie ungarische und polnische Gebietsansprüche hinzukamen, beschloß die britische Regierung, den Lordpräsidenten des Geheimen königlichen Rates, Lord Runciman, mit einem umfangreichen Mitarbeiterstab in die Tschechoslowakei zu entsenden, um sich dort unabhängig



Lord W. Runciman,

Präsident des britischen Kronrates, ehemals Handelsminister, Vorsitzender der Liberalen Partei, einer der größten britischen Reeder, reiste im Auftrag der britischen Regierung Ende Juli 1938 zur Lageerkundung in die Tschechoslowakei und speziell ins Sudetengebiet. Er beendete seinen Bericht vom 14.9.1938 mit der Schlußfolgerung, daß "angesichts der Starrköpfigkeit der tschechischen Regierung unter Eduard Benesch ein europäischer Krieg ausbrechen werde, wenn nicht das Sudetenland unverzüglich an das Deutsche Reich übertragen würde."

Sein Lagebericht über den "derzeit Tschechoslowakei genannten Raum" war mit ausschlaggebend für die anschließenden Verträge zwischen Chamberlain, Daladier und Benesch am 21. September und jenen von München am 30. September 1938.

zu informieren

Runciman traf am 25.7.1938 in der CSR, am 8. August in Prag ein und reiste bis Mitte September eigenwillig durch das Land. In die Zeit seiner Informationsreise fielen einige gravierende, die Krise verschärfende Ereignisse, die hauptsächlich der tschechische Staatspräsident selbst oder seine Regierungsvertreter zu verantworten hatten.

Während auf sudetendeutscher Seite jegliche Aktionen unterblieben, konnte Runciman bei 5 oder 6 Gelegenheiten an den Schauplatz tschechischer Übergriffe geführt werden.^{89, 90a} Gravierender aber war, als Benesch einige Unruhen im Sudetenland anläßlich der Nürnberger Reichsparteitagsrede Adolf Hitlers zum Anlaß nahm, dort am 13.9.1938 das Standrecht einzuführen, 20.000 deutsche Geiseln in das Landesinnere zu verschleppen (sie sollten erschossen werden, falls es zu einem Krieg kommen sollte), und die Polizei sowie Truppenpräsenz zu verstärken, Versammlungsverbote zu erlassen, Pressezensur zu verhängen und eine Massenflucht von Sudetenländern auszulösen.

Konrad Henlein brach daraufhin am 13.9. jegliche Verhandlungen mit der tschechischen Regierung bis zum Widerruf des Standrechts und zur Kasernierung der Truppen ab. Am 13.9. erklärte Henlein den Mitarbeitern Runcimans, daß jetzt nur noch die Selbständigkeit des Sudetenlandes in Frage kommen könne. Er fand Verständnis dafür, Nachdem Chamberlain auf dem Obersalzberg Hitler zugesagt hatte, daß sich die britische Regierung für die Anschlußwünsche der Sudetendeutschen einsetzen werde, verkündete Henlein am 15.9. im Leipziger Rundfunk seine Forderung "Heim ins Reich". Tags darauf löste Benesch die Sudetendeutsche Partei auf.

Runciman war am 15.9. nach London zurückgekehrt. Unter Verarbeitung dieser Ereignisse, aber auch als Ergebnis zahlloser Unterredungen mit allen möglichen Leuten in der CBR formulerte er in seinem Abschlußbericht unmißverständlich, daß er selbst in dieser vorgerückten Stunde auf seiten der tschechischen Regierung keinerlei Bereitwilligkeit zur Abhilfe der zahlreichen Mißstände, die die Deutschen unausweichlich zum Aufstand reizen mußten, feststellen konnte. Den Sudetendeutschen mußte unverzüglich das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werden, was bedeute, diese rein deutsch besiedelten Gebiete sofort an das Reich abzutreten.

"Damit waren aber die Ratschläge des britischen Lords noch nicht erschöpft. Er befürwortete weiter, daß in der Tschechoslowakei die gegen ihre Nachbarn gerichtete Agitation energisch unterdrückt werde. Durch eine Regelung der auswärtigen Beziehungen der Tschechoslowakei sollten deren Nachbarn die Gewißheit erhalten, daß diese sie unter keinen Umständen angreifen und gegen sie auch keine durch Verpflichtungen gegen andere Staaten begründete Aktion unternehmen werde."

Praktisch bedeutete dies das Verlangen Runcimans nach Aufhebung der Verträge sowohl mit Frankreich und Rußland, als auch mit der Kleinen Entente. Im Runciman'schen Memorandum ist also schon eine Andeutung der Notwendigkeit eines deutschen Protektorates über die verkleinerte Tschechoslowakei enthalten. ^{5 124}

Da sich Großbritannien jedoch nicht von Eduard Benesch über die Sudetenfrage in einen europäischen Krieg verwickeln lassen wollte -- hatte Benesch doch seinen Vertrauten gestanden, es darauf ankommen zu lassen und wenn er auch 1 Million Tschechen das Leben kosten sollte, ^{6) S. 108} zeitweilig schwankte er auch in dieser Auffassung --, nahm Chamberlain den Abtretungsvorschlag von Lord Runciman zum Anlaß für die nachfolgenden Initiativen.

Anfang September hatte die tschechische Gesandtschaft dem französischen Außenminister eine geheime Mitteilung an die Regierungschefs überreicht mit dem Inhalt, die ohnehin nicht mehr aufzuhaltende Abtrennung der Sudetendeutschen einer Forderung auf Volksabstimmung vorzuziehen, um wenigstens die Slowaken, Ungarn und Karpatenukrainer noch im Griff halten zu können. Der französi-

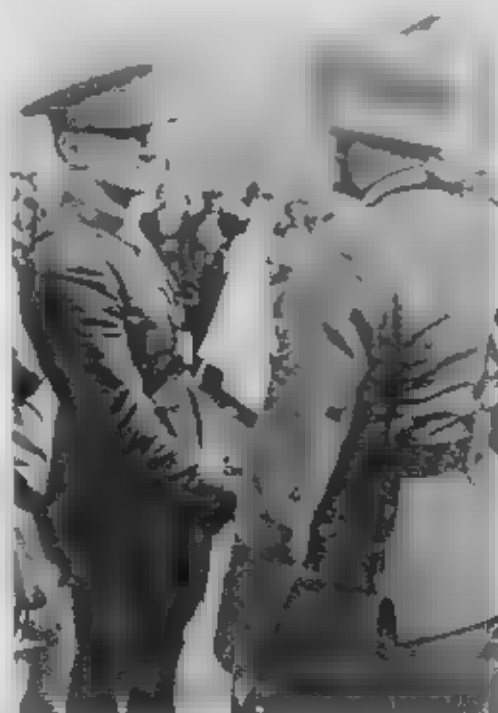
sche Außenminister Georges Bonnet schrieb später hierzu, daß es Benesch und der tschechische Ministerpräsident Milan Hodza selber waren, die erklärten, die Tschechoslowakei würde im Fall eines Plebiszits auseinanderbrechen. ¹⁸⁾

Am 19.9. beschlossen Chamberlain und Daladier für Großbritannien und Frankreich die Abtrennung des Sudetenlandes und forderten hierfür auch die Unterschrift von Eduard Benesch, die sie am 21.9. für einen solchen Vertrag erhielten. Dies war 10 Tage vor der Konferenz von München geschehen.

Dies hinderte jedoch den tschechischen Staatspräsidenten nicht -- wohl auf Einflüsterung von Hintergrundkreisen aus London und Moskau hin, die ihm auch von Militärputschplänen in Führungskreisen der Wehrmacht Kunde gaben ^{9) S. 288 + 289} --, noch einmal zu provozieren. So führte er unter dem Vorwand polnischer und ungarischer Truppenkonzentrationen an der tschechischen Grenze in der Nacht vom 23. zum 24.9. erneut die Mobilmachung in seinem Land durch.

"Am 27. September stand in der Tschechoslowakei eine Truppenmacht unter Waffen, die der Hälfte der im Jahre 1914 mobilisierten französischen Armee gleichkam, -- 1,5 Millionen Mann. Darunter waren 300 000 Deutsche." ^{17) S. 281}

Der tschechische Generalstabschef, Major Z. Sladeczek listete für September 1938 = 44 Divisionen auf + eine Feldarmee von 40 Divisionen + 38 Kompanien für chemische Kampfführung + 55 Einheiten Luftwaffe mit 660



Ein tschechischer Parlamentär übergibt einem deutschen Offizier nach dem Münchener Abkommen am 1. Oktober 1938 die tschechischen Befestigungen bei Deutsch-Pankratz

18) Georges Bonnet, "Défense de la paix", Paris, S. 237 +

Ferdinand Dučanský: Die slowakische Frage eine internationale Frage. München 1954. S. 13.

Emmanuel Moravec: "Das Ende der Benesch-Republik". Prag 1942.

Am 27.9. ließ Benesch sämtliche Radioapparate im Sudetenland beschlagnahmen. 214.000 Flüchtlinge waren inzwischen im Reich eingetroffen. Als Reaktion auf die erneute tschechische Mobilmachung, die sich hauptsächlich gegen die Sudetendeutschen bzw. das Deutsche Reich richtete, forderte Hitler am 28.9. die Annahme des deutschen Memorandums zur Abtretung des Sudetenlandes ohne Verzögerung.

Adolf Hitler erklärte hierzu am 26.9.1938 im Berliner

Sportpalast:

"Dieses Memorandum enthält nichts anderes, als die Realisierung dessen, was Herr Benesch bereits versprochen hat. Der Inhalt dieses Vorschlages ist sehr einfach. Jenes Gebiet, das dem Volke nach deutsch ist und seinem Willen nach zu Deutschland will, kommt zu Deutschland, und zwar nicht erst dann, wenn es Herrn Benesch gelungen sein wird, vielleicht ein oder zwei Millionen Deutsche ausgetrieben zu haben, sondern jetzt und zwar sofort!" 3) S. 170

Die Antwort des Führers und Reichskanzlers vom 28.9.1938 auf das Telegramm des US-Präsidenten F. D. Roosevelt

"Ihre Exzellenz haben in Ihrem mir am 26. September zugegangenen Telegramm im Namen des amerikanischen Volkes einen Appell an mich gerichtet, im Interesse der Erhaltung des Friedens die Verhandlungen über die in Europa entstandene Streitfrage nicht abzubrechen und eine friedliche, ehrliche und aufbauende Regelung dieser Frage anzustreben.

Seien Sie überzeugt, daß ich die hochherzige Absicht, von der Ihre Ausführungen getragen sind, durchaus zu würdigen weiß und daß ich Ihre Auffassung über die unabsehbaren Folgen eines europäischen Krieges in jeder Hinsicht teile. Gerade deshalb kann und muß ich aber jede Verantwortung des deutschen Volkes und seiner Führer dafür ablehnen, wenn etwa die weitere Entwicklung entgegen allen meinen bisherigen Bemühungen tatsächlich zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen sollte.

Um über das zur Erörterung stehende sudetendeutsche Problem ein gerechtes Urteil zu gewinnen, ist es unerlässlich, den Blick auf die Ereignisse zu lenken, in denen letzten Endes die Entstehung dieses Problems und seine Gefahren ihre Ursachen haben.

Das deutsche Volk hat im Jahre 1918 die Waffen aus der Hand gelegt im festen Vertrauen darauf, daß der Friedensschluß mit seinen damaligen Gegnern die Prinzipien und Ideale verwirklichen würde, die dafür vom Präsidenten Wilson feierlich verkündet und von allen kriegführenden Mächten ebenso feierlich als verbindlich angenommen worden waren. Niemals in der Geschichte ist das Vertrauen eines Volkes schmälicher getäuscht worden, als es damals geschah. Die den besiegten Nationen in den Pariser Vorortverträgen aufgezogenen Friedensbedingungen haben von den gegebenen Versprechungen nichts erfüllt. Sie haben vielmehr in Europa ein polarisches Regime geschaffen, das die besiegten Nationen zu den entrechteten Paras der Welt machte und das von jedem Einsichtigen von vornherein als unhaltbar erkannt werden mußte.

Einer der Punkte, in denen sich der Charakter des Diktats von 1919 am deutlichsten offenbarte, war die Gründung des tschecho-slowakischen Staates und die ohne Rücksicht auf Geschichte und Nationalität vollzogene Festsetzung seiner Grenzen. In sie wurde auch das Sudetenland einbezogen, obwohl dieses Gebiet immer deutsch gewesen war und obwohl seine Bewohner nach der Vernichtung der habsburgischen

Monarchie einmütig ihren Willen zum Anschluß an das Deutsche Reich erklärt hatten. So wurde das Selbstbestimmungsrecht, das vom Präsidenten Wilson als die wichtigste Grundlage des Völkerlebens proklamiert worden war, den Sudetendeutschen einfach verweigert.

Aber damit nicht genug! Dem tschecho-slowakischen Staat wurden in den Verträgen von 1919 bestimmte und dem Wortlaut nach weitgehende Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volkstum auferlegt. Auch diese Verpflichtungen sind von Anfang an nicht eingehalten worden. Der Völkerbund hat bei der ihm zugewiesenen Aufgabe, die Durchführung dieser Verpflichtungen zu gewährleisten, vollkommen versagt. Seitdem steht das Sudetenland in schwerstem Kampf um die Erhaltung seines Deutschtums.

Es war eine natürliche und unvermeidliche Entwicklung, daß nach der Wiedererstarkung des Deutschen Reiches und nach der Wiedervereinigung Österreichs mit ihm der Drang der Sudetendeutschen nach Erhaltung ihrer Kultur und nach näherer Verbundenheit mit Deutschland zunahm. Trotz der loyalen Haltung der Sudetendeutschen Partei und ihrer Führer wurden die Gegensätze zu den Tschechen immer stärker. Von Tag zu Tag zeigte sich klarer, daß die Regierung in Prag nicht gewillt war, den elementarsten Rechten der Sudetendeutschen wirklich Rechnung zu tragen. Vielmehr versuchten sie mit immer gewaltsameren Methoden die Tschechisierung des Sudetenlandes durchzusetzen. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Vorgehen zu immer größeren und ernsteren Spannungen führte.

Die deutsche Regierung hat zu dieser Entwicklung der Dinge zunächst in keiner Weise eingegriffen und ihre ruhige Zurückhaltung auch dann noch aufrechterhalten, als die tschecho-slowakische Regierung im Mai dieses Jahres unter dem völlig aus der Luft gegriffenen Vorwand deutscher Truppenzusammenziehungen zu einer Mobilisierung ihrer Armee schritt. Der damalige Verzicht auf militärische Gegenmaßnahmen in Deutschland hat aber nur dazu gedient, die Intransigenz der Regierung in Prag zu verstärken. Das hat der Verlauf der Verhandlungen der Sudetendeutschen Partei mit der Regierung über eine friedliche Regelung deutlich gezeigt. Viele Verhandlungen erbrachten den endgültigen Beweis, daß die tschecho-slowakische Regierung weit davon entfernt war, das sudetendeutsche Problem wirklich von Grund auf anzufassen.

zung der zwischen England, Frankreich und der CSR bereits beschlossenen Abtretung des Sudetenlandes an das Reich und Bildung von Arbeitsgruppen zu genauen Grenzregulierungen vor Ort.

Nach Rückkehr von München wurden Daladier und Chamberlain in ihren Hauptstädten mit jubelnden Ovationen begrüßt. Das französische Parlament stimmte mit Ausnahme der Kommunisten dem Abkommen zu, das Unterhaus in England am 4.10. mit 369 gegen 150 (hauptsächlich der Labour Party). Für Winston Churchill aber war "das europäische Gleichgewicht gestört"

Der Präsident der Vollversammlung des Völkerbundes – ein Peruaner –, erklärte nach Billigung des Münchener Abkommens durch den Völkerbund

"Chamberlains Name wird heute in allen Heimen der Erde gesegnet, denn es ist der Name des Friedens." (18) S. 228

Am 30. September 1938 fand unter Vorsitz des Staatspräsidenten Eduard Benesch eine Regierungssitzung auf dem Hradschin statt, in der das Münchener Abkommen angenommen wurde. Die offizielle Regierungserklärung enthielt die Sätze:

"Nach reiflicher Erwägung und Prüfung aller dringlichen Empfehlungen, die der Regierung durch die französische und britische Regierung übermietet wurden und im vollen Bewußtsein der historischen Verantwortung hat sich die tschechoslowakische Regierung unter voller Zustimmung der verantwortlichen Faktoren der politischen Parteien dazu entschlossen, die Münchner Beschlüsse der vier Großmächte anzunehmen. Sie hat dies im Bewußtsein getan, daß die Nation erhalten werden muß und daß eine andere Entscheidung heute nicht möglich ist." (19) S. XXVI

Danach dankte Eduard Benesch ab und reiste mit vielen Wagenladungen nach England, dann in die USA und kehrte im Juli 1939 nach London zurück, wo er seine Kriegspolitik gegen Deutschland erst richtig fortsetzte und die Vertreibung der Sudetendeutschen als Vorstufe für die Vertreibung der gesamten ostdeutschen Bevölkerung von 15 Millionen Menschen anspornte und schließlich durchsetzte

Die erste "ernsthafte Diskussion der Abschiebpläne" hat Benesch mit seinen Leuten in London im Dezember 1938 geführt.²⁰⁾ 1939 wurde diese Diskussion fortgesetzt. (20) S. XV



Adolf Hitler trifft am 3. Oktober 1938 unter dem Jubel der Bevölkerung auf dem Marktplatz in Eger ein. – Großbritannien legt an diesem Tag unter Bruch der Konsultationspflicht der in München 4 Tage zuvor vereinbarten Friedens- und Freundschaftserklärung ein neues Rüstungsprogramm auf.



"Blumenkrieg"-Kundgebung in Karlsbad am 4. Oktober



"Blumenkrieg"-Kundgebung in Aussig

9) "Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen" hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Interessen. München 1951

20) Elisabeth Wiskemann, "Germany's Eastern Neighbours", London 1956, S. 62 + Fn 32, S. 385 +

Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge + Kriegsgeschädigte (Hrsg.), "Dokumentation der Vertreibung" Bd. IV, 1, München 1984, S. 39

Der Staat zerbrach von innen

Seit dem Pittsburger Vertrag vom 30.6.1918 war den Westmächten bekannt, daß die Slowaken ebensowenig wie die Sudetendeutschen mit den Tschechen in einem Staat zwangsvereinigt leben wollten. Nachfolgend mußten die europäischen Mächte zusätzlich zur Kenntnis nehmen, daß die Tschechen alle ihre zwangseinverlebten Nationalitäten trotz der zusätzlichen internationalen Minderheitenschutzbestimmungen von vornherein nie als gleichberechtigte Bevölkerungsgruppen behandelt haben. Ihr militärisches Kalkül, den Vielvölkerstaat Tschechoslowakei als strategisches Vorfeld an der Ostgrenze Deutschlands im Rahmen der Völkerbundmächte und der "kleinen Entente" – der vertraglich miteinander verbundenen kleinen osteuropäischen Staaten – zur Verfügung zu halten, wurde mit den volksverdummenden Sprüchen von "der östlichen Schweizer Demokratie" kaschiert.

Der Führer der damals größten slowakischen Partei – der Slowakischen Volkspartei (SVP) –, Andrej Hlinka, der 1919 an den Versailler Friedensverhandlungen teilnehmen wollte, um eine Volksabstimmung und völlige Autonomie für die Slowakei durchzusetzen, wurde aus Paris ausgewiesen, weil der soeben erst ernannte Außenminister Eduard Benesch ihn als Agenten diffamierte. Nach Rückkehr in seine Heimat wurde er, wie auch viele andere für ihre Unabhängigkeit Eintretende Slowaken, inhaftiert. In der April-Wahl 1920 schaffte er es allerdings, aus der Strafanstalt Marau ins Parlament überzuwechseln und die Führung der SVP fortzusetzen.

Der Völkerbund scherte sich ebensowenig um die mehr als 20 umfangreichen Beschwerden der Sudetendeutschen wie um jene der Slowaken. Das ging so weit, daß der sich im August/September 1938 in der Tschechoslowakei zwecks genauer Untersuchung der dortigen Verhältnisse aufhaltende Sonderbotschafter Großbritanniens, Lord Runciman, den Empfang einer Delegation der slowakischen Volkspartei ablehnte und ihren Problemen nicht die geringste Aufmerksamkeit widmete.

"Es ist heute beinahe schon vergessen, daß die Revolte gegen den tschechisch-zentralistischen Nationalstaat von den slowakischen Autonomisten im Jahre 1931 begonnen wurde, also ehe Hitler in Deutschland zur Macht kam oder der Name Hentlein in der Politik auch nur bekannt war" ²¹ S. 236

Andrej Hlinka hatte in der Neujahrsnummer für das Jahr 1938 in seiner Parteizeitung »Slowak« *"den Angriff zur Erlangung der Autonomie im neuen Jahr"* gefordert. Am 23.1.1938 stieß er mit dem Postulat nach

"Wenn Prag uns nicht im 20. Jahr des Bestehens der Republik erhören will, dann sagen wir: »Ade Prag!«" ²² S. 236

Hlinka hat die Erfüllung seines Wunsches nicht mehr erlebt; er verstarb im August 1938. Doch sein Vermächtnis übernahmen andere.

Der Anschluß Österreichs an Deutschland am 12. März 1938 blieb für die Slowakei nicht ohne Wirkung. Die Slowaken hatten freilich auch Freunde im Ausland. So unterstützte bereits seit Jahren die polnische Regierung und Presse ihre Autonomiewünsche, war doch die damalige Regierung Polens auf die Tschechen ohnehin nicht gut zu sprechen.

Erstaunlich aber: Wiederholten Anfragen, ob nicht Deutschland den Slowaken bei ihren Bestrebungen nach Selbständigkeit zumindest moralische Unterstützung in Aussicht stellen könne, ist Hitler bis Februar 1939 stets ausgewichen. Er wollte sich in dieses Problemfeld nicht hineinziehen lassen. Der deutsche Generalstab hat sich sogar am 6. Oktober 1938 – dem Tag des sog. Silleiner Abkommens mit Bildung der Slowakischen Regierung unter Ministerpräsident Tiso – aus militär-strategischen Erwägungen für den Verbleib der Slowakei in der CSR ausgesprochen ²³ S. 100

Angesichts der Sudetenland-Übertragung haben die Slowaken erneut mit Nachdruck ihre Autonomie-Forderungen, die ihnen seit 1918 zwar zugesagt, aber nie gewährt worden waren, am 6. Oktober 1938 im Silleiner Abkommen von der Prager Regierung zugestanden erhalten. Das autonome Land "Slowakei" sollte sich unter Anerkennung der Prager Finanz- und Militärhoheit weitgehend selbstverwalten können.

Dieser Vertrag war ohne jegliche deutsche Einflußnahme zustandegekommen ²⁴ S. 100 + 101. Er leitete einerseits unter der geschwächten und konzeptionslos gewordenen Prager Regierung Beran, andererseits unter den auf Veränderung drängenden Slowaken und Karpathoukrainern Entwicklungen ein, denen auch alle Münchener Unterzeichnermächte – Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien – ratlos und abwartend gegenüberstanden und deshalb ihre zuvor geplante Garantie für den Bestand der verbliebenen CSR zurückhielten. Inzwischen hatte sich unerwartet Polen das Teschener Gebiet einverleibt, Ungarn Gebietsansprüche gestellt und die Karpathoukraner im Zuge ihrer Autonomieforderungen Gebietsteile von der Slowakei gefordert.

Die Slowaken drängten Deutschland wiederholt, ihnen zu helfen bzw. sich politisch, wirtschaftlich und militärisch an Deutschland "anlehnen" zu dürfen. Während Hitler solchen Fühlungen auswich, empfangen v. Ribbentrop

21 Jörg Hoensch, "Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik" Köln 1965.



Der Ministerpräsident der Slowakei, Prof. Dr. Tuka (rechts) in einem Gespräch mit Reichspressechef Dr. Dietrich auf einem Empfang der slowakischen Gesandtschaft in Berlin anlässlich des Beitritts der Slowakei zum Dreimächtepakt

und Göring, aber auch auf unterer Ebene Staatssekretäre die Abgesandten aus Preßburg (Ministerpräsident Tiso und dessen Stellvertreter Durcansky). Tenor dieser Gespräche in Berlin war stets, man wolle wohl die Autonomie der Slowaken fördern, aber keine Unabhängigkeits-Experimente. Dennoch drängten die Slowaken in ihrer Presse auf weitere Unabhängigkeit.

„Die ungarische und die polnische Regierung befolgten eine weniger zurückhaltende, ambivalente Politik. Während sich die polnische Regierung hauptsächlich auf die Wiedergewinnung des Teschener Gebiets konzentrierte und vorläufig nur in der Presse eine Erörterung über die Eingliederung slowakischer Gebiete teilte, richtete sich die ungarische Diplomatie auf die Inbesitznahme der ganzen Slowakei ein. ...

Die polnische Regierung hatte schon vor München die ungarischen Aspirationen auf die Slowakei unterstützt und sich selbst gewisse Chancen auf Grenzrevisionen ausgerechnet.“ 21) S. 190 + 191

„Das unnachgiebige ungarische Vorgehen und der unerwartete Schock, den die slowakische Öffentlichkeit durch die polnischen Gebietsforderungen im Gebiet der Hohen Tatra erhielt, milderten die Enttäuschung in Preßburg über die mangelnde Unterstützung der Reichsregierung

Die deutsche Volksgruppenführung verstand zudem den Eindruck zu erwecken, daß die dem Lande im Schiedsspruch zugemuteten Verluste ungleich größer gewesen wären, wenn sich die deutsche Außenpolitik desinteressiert verhalten hätte.“ 22) S. 213, 214

„Tukas Vorhaben, Ribbentrop Mitte November für die Souveränitätspolitik zu gewinnen, scheiterte an der Abwesenheit

des Reichsaußenministers von Berlin. In Göring fand Tuka trotz des Mißerfolges in der Theben-Frage aber einen an der wirtschaftlichen Erschließung und der Selbständigkeit der Slowakei interessierten Partner, obwohl der Reichsmarschall vorsorglich zu erkennen gab,

»daß im Augenblick die slowakische und die ruthenische Frage nur im tschechoslowakischen Staatsverband behandelt werden könnte, daß aber das Ziel eine selbständige Slowakei und eine autonome Ukraine in Anlehnung an diese selbständige Slowakei sei.« ...

Hitler ließ am 17. November 1938 jedoch Göring wissen,

»daß zur Zeit keine politischen Verhandlungen mit den Slowaken opportun seien und gegenwärtig die Frage der Abtretung der Slowakei weder im positiven noch im negativen Sinne angeführt werden sollte.«“ 23)

„Die germanophil Orientierten versuchten durch eine lautstarke Propagierung ihrer Ziele die Unterstützung Hitlers zurückzugewinnen

Tuka forderte in seinem Neujahrsartikel 1939 im »Slovak« die Bevölkerung auf, sich mit dem bisher im Autonomie-Gesetz Erreichten nicht zufrieden zu geben und die ihr zugewiesene Aufgabe zu vollenden.» 24) S. 219

„Das Militär unter tschechischem Oberbefehl stand ungeschwächt im Land, der tschechische Sicherheitsdienst, die Polizei und Gendarmerie kontrollierten immer noch die Schlüsselpositionen. Unter den Germanophilen machte sich zu Jahresbeginn eine gewisse Mutlosigkeit und Enttäuschung über die undurchsichtige Haltung der Reichsregierung bemerkbar.“ 25) S. 220

Im Februar 1939 hat Hitler seine Zurückhaltung gegenüber der Slowakei etwas aufgelockert. Der Grund hierfür dürfte die bruske Kursänderung der polnischen Regierung gegen Deutschland unter Einwirkung der britischen Einkesselungspolitik gewesen sein. Am 12.2.1939 hat Hitler den 15 Jahre wegen angeblicher Spionage vom Benesch-Regime inhaftiert gehaltenen Prof. Dr. Vojtech Tuka, 26) zusammen mit dem Vertreter der Karpathendeutschen, Staatssekretär Karmasin in der Reichskanzlei empfangen.

„Nach kurzer Begrüßung dankt Tuka dem Führer für die Gewährung dieser Unterredung. Er redet den Führer mit 'mein Führer' an und bringt zum Ausdruck, daß er, obwohl er an sich ein bescheidener Mensch sei, doch wohl für sich in Anspruch nehmen dürfte, im Namen des slowakischen Volkes zu sprechen. Die tschechischen Gerichte und Gefängnisse legitimierten ihn zu dieser Behauptung. Er sagt, daß der Führer nicht nur die slowakische Frage aufgeworfen habe, sondern auch der erste gewesen sei, der dem slowakischen Volke seine War-

22) Prof. Tuka gehörte damals nicht der slowakischen Regierung an, trat indes als Vizepräsident des Ministerrates in das neue Tiso-Kabinett am 14.3.1939 der unabhängigen Slowakei ein und wurde am 26.10.1939 Ministerpräsident.

de zuerkannt habe. Die Slowaken wollten unter der Führung des Führers mit zur Erhaltung der europäischen Zivilisation kämpfen. Es sei klar, daß ein weiteres Zusammenleben mit den Tschechen für die Slowaken seelisch sowohl wie wirtschaftlich, unmöglich geworden sei. Daß sie heute noch zum tschechischen Staate gehören, ermögliche nur der Gedanke, daß die heutige Regierung ein Übergangsstadium sei, aber er und seine Mitkämpfer seien entschlossen, dem Drucke des slowakischen Volkes nachzugeben, um eine unabhängige Slowakei zu schaffen. Das Schicksal der Slowakei läge in den Händen des Führers. So wie er im Zuchthaus für seine Überzeugungen gelitten habe, sei er auch bereit, für seine Ideale sein Leben zu opfern. Sollte es zu einem Aufstand kommen, so würde die Tschechei im ersten Augenblick versuchen, diesen blutig niederzuschlagen, aber nur ein Wort des Führers genüge, und diese Versuche würden stillstehen. Ebenso sei es mit den Aspirationen von Ungarn und Polen, denen durch ein Wort des Führers Einhalt geboten werden könne.

»Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände, mein Führer, mein Volk erwartet seine volle Befreiung von Ihnen.«²³⁾

Ministerpräsident Dr. Tiso legte am 21.2.1939 dem Landtag eine vom Ministerrat tags zuvor gebilligte Regierungserklärung vor, derzufolge die Slowakei auf eine weitere Verselbständigung mit eigener Finanz- und Militärhoheit hinarbeiten gedenke. Der slowakische Landtag billigte diesen Beschluß am 23.2. einstimmig.

Am 4.3. unterrichtete Tiso seinen Ministerrat über die Verhandlungsergebnisse in Prag und Berlin. Hitler hatte die slowakischen Abgesandten nicht mehr empfangen. Beran in Prag forderte erneut eine Loyalitätserklärung und Unterordnung der slowakischen Landesregierung unter die tschechische Zentralinstanz.

In Preßburg entschied man schließlich, die Selbständigkeit weiterhin anzusteuern, allerdings nicht revolutionär, sondern unter Wahrung legaler Methoden. Die Forderung des tschechischen Ministerpräsidenten Beran sollte, ohne einen direkten Konflikt zu provozieren, unter Ausschöpfung aller vorhandenen Autonomierechte zurückgewiesen werden. Eine Aufforderung Berans an Tiso, zu Verhandlungen nach Prag zu kommen, lehnte dieser ab.

Beachtenswert ist indessen, daß sich die tschechische Regierung am 9.3. beim deutschen Geschäftsträger nach den deutschen Absichten der Reichsregierung erkundigte.

»Auf Grund der Antwort meinten Hacha, Beran und Chvalkovsky sowie die anderen tschechischen Politiker, mit dem Interesse des Reiches an dem Weiterbestand der Zweiten Republik rechnen zu können.

Entsprechend dieser Auskünfte begann man in der Nacht zum 10. März 1939 mit militärpolitischen Maßnahmen zur Sicherung des Gesamtstaates. Die slowakische Regierung wurde entlassen, und bis zum 12.3. beherrschte Prag die Lage.«²⁴⁾

23) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945 (ADAP), Serie D, 1937 - 1945, Bd. IV, Dok. 168, S. 183.

Nicht genug mit der Absetzung des Kabinetts Tiso und Einsetzung des Ministerpräsidenten Sidor - "eines Soldaten Prags" -, die Eingriffe in die Slowakei gingen in Mißachtung der verfassungsrechtlichen Stellung des slowakischen Landtags noch darüber hinaus.²⁵⁾

Über Preßburg und einige andere Städte wurde das Standrecht verhängt, die Hlinka-Garde entwaffnet, etliche Slowakenführer verhaftet.

»Während die Regierung Beran und die Westmächte sich über die Intentionen Hitlers keine Klarheit verschaffen konnten.

Nach der Amtsenthebung Tisos bestand der erste Zug Hitlers darin, daß er die Zentralregierung über seine Pläne ganz im Unklaren ließ und Chvalkovskys Bitte um eine Stellungnahme abschlägig beschied.

Chamberlain erwähnte in seiner Unterhausrede vom 15. März 1939 den Hilferuf als Faktum.

„... Dr. Tiso appealed to Herr Hitler and received an official invitation to go to Berlin.“²⁶⁾

Nachdem Dr. Tiso am 13.3. in Berlin von Hitler empfangen worden war und aus dem Gespräch zumindest die Ermutigung zur Profilierung der slowakischen Politik entnommen hat, veranlaßte der zwar von Prag abgesetzte, aber sich in der Slowakei auf Rückhalt im Volk stützende Dr. Tiso am 14. März den Landtag, die Unabhängigkeit der Slowakei zu beschließen. Kurz darauf folgten die Karpathoukrainer mit einer gleichlautenden Erklärung. Dieser Schock, den auch noch die Ungarn verstärkten, erzeugte bei den Regierenden in Prag den Eindruck eines auseinandergebrochenen, mit dem Restbestand nicht mehr lebensfähigen Staates.

Am 13.3. ersuchte Hacha um eine Unterredung mit Hitler, nachdem sowohl der britische Botschafter in Prag, Newton, ihm dies nahegelegt und auch der britische Botschafter in Berlin, Henderson, dem dortigen tschechischen Gesandten Mastny dringend angeraten hatte, »seiner Regierung möchte doch mit uns« (deutsche Regierung) »engen Kontakt halten«.²⁷⁾

So war Hacha von 2 Seiten aus Großbritannien bewogen worden, eine Lösung aus dem Zerfall seines Staates in Berlin zu suchen. Hitler war derweil vom britischen Botschafter in Berlin versichert worden, daß sich Großbritannien nicht in ein »ganz vorwiegend deutsches Interessengebiet« einmischen wolle.²⁸⁾

»Der Außenminister begleitete Hacha auf der Reise nach Berlin. Nachdem ihr Sonderzug Prag verlassen hatte, beschloß das Kabinett Beran zurückzutreten. Diese Entscheidung konnte aber nicht verwirklicht werden, da der Staatspräsident nicht sein Einverständnis bekunden konnte.«²⁹⁾

»Als Hacha am 14. März um 16 Uhr die auf seine Initiative hin zustandegekommene Fahrt nach Berlin antrat, war die CSR bereits auseinandergebrochen. Von allen Hiobs-Botschaften, die den Präsidenten vor seiner Abfahrt erreichten, mußte

24) Zeitschrift für Ostforschung, 6. Jahrgang, 1957

25) Akten zur Auswärtigen deutschen Politik 1918 - 1945, Serie D, Band IV

die Unabhängigkeitserklärung der Slowaken noch die geringste Überraschung für ihn bedeuten.

Hacha selbst gab diesen Gefühlen bei dem Empfang durch Hitler Ausdruck, als er die Vorgänge in der Slowakei nicht beklagte, da es

»schon lange seine Überzeugung gewesen (sei), daß die verschiedenen Völker in diesem Staatskörper nicht zusammenleben konnten ... Er sei froh, daß die Entwicklung diesen Weg genommen habe. Er stünde mit dieser Ansicht nicht allein, sondern 80% der Bevölkerung teile sie mit ihm.«²⁶ 18. 3. 1939

»... Im übrigen sei ihm das ganze (Benesch-) Regime fremd gewesen, so fremd, daß er sich gleich nach dem Umschwung die Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschechoslowakei ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein.

Er habe die Überzeugung, daß das Schicksal der Tschechoslowakei in den Händen des Führers läge, und er glaube, daß das Schicksal in den Händen des Führers gut aufgehoben sei. ... Im übrigen weine er den Slowaken keine Träne nach.«²⁷ 105) Dok. 226 S. 220

Inzwischen waren die Ungarn in der Karpathoukraine einmarschiert. Den Hilferuf der Karpathoukrainer an Hitler, er möge dort die Protektorats Herrschaft übernehmen, lehnte dieser indessen ab.¹⁰⁶ 226

²⁸ In der am 16. 3. unterzeichneten Erklärung der Regierungen Deutschlands und der Tschechoslowakei, mit der der Einmarsch deutscher Truppen in den Restbestand der Tschechei und damit die Protektoratsgründung besiegelt wurde, sicherte Hitler dem tschechischen Volk unter dem Schutz des Deutschen Reiches eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens zu.²⁹ 106 S. 71

Der britische Premier Neville Chamberlain hatte am 31. Januar 1939 vor dem Unterhaus erklärt, die Rede Adolf Hitlers am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag

»war nicht die Rede eines Mannes, der Vorbereitungen trifft, Europa in eine neue Krise zu stürzen. Er sei der Meinung, daß in der Rede viele Stellen enthalten sind, welche die Notwendigkeit des Friedens für Deutschland, ebenso wie für andere Länder, aufzeigen. Es wäre jedem Staatsmann nur recht, wenn sich die Politik der verschiedenen Länder mehr den Verhältnissen der eigenen Völker widmen würde, zumal es genügend Probleme gebe.«³⁰ 106 S. 1

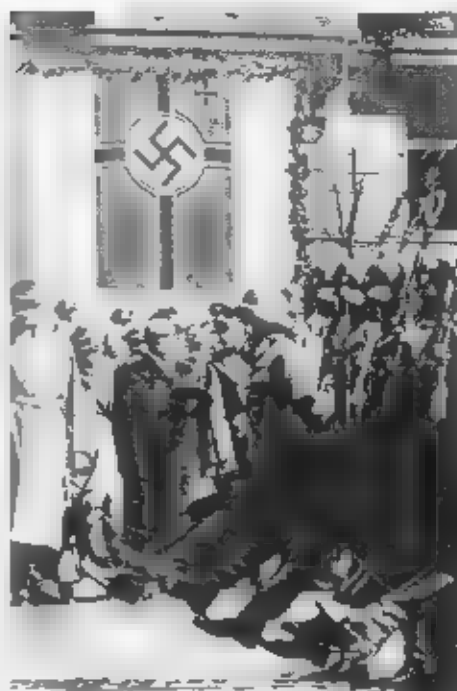
Dieser Hinweis eines gewiß nicht unbedeutenden Mannes aus London, sich um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern, berührte den Präsidenten der USA, F.D. Roosevelt, im gegenüberliegenden Erdteil allerdings in keiner Weise. Er nahm die Protektoratsgründung am 16. März 1939 zwei Tage später zum Anlaß, den Kongreß zu einer Änderung der Neutralitätsgesetzgebung aufzufordern und seinem Unterstaatssekretär im Statedepartment Sumner Welles aufzutragen, folgende offizielle Verlautbarung am 18. 3. in die Welt zu senden

»Die Vereinigten Staaten verurteilen die Aktion Deutsch-

26. Kessing, »Archiv der Gegenwart« 9. Jg. 1939

Diese Ausführungen Chamberlains bezogen sich bekanntlich auf jene Rede Hitlers, in der er u. a. gesagt hatte

»Ich will heute wieder ein Prophet sein. Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in uns außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.«



Präsident Emil Hacha (in Zivil) und Reichsprotektor v. Neurath nach der Protektoratsübernahme beim Vorbeimarsch deutscher Truppen in Prag

lands, die den vorübergehenden Untergang der Freiheiten eines unabhängigen und freien Volkes zur Folge habe, mit welchem das amerikanische Volk besonders enge und freundschaftliche Beziehungen unterhalten habe. Die amerikanische Politik betone die Notwendigkeit, Verträge und das gegeben Wort zu achten, sei für die Nichtbeteiligung in die inneren Angelegenheiten der anderen Nationen und verurteile die Politik des bewaffneten Angriffs. Wirkliche Gewaltakte bedrohten den Weltfrieden und die Grundlagen der modernen Zivilisation.«

»Von offiziöser Seite wurde erklärt, daß die amerikanische Regierung das Protektorat Böhmen und Mähren nicht anerkenne und die deutsche Besetzung als Angriffsakt verurteile.«³¹ 106 S. 106

Am 17. März hatte auch Chamberlain seine Sprachregelung prononciert und in Birmingham unter Auskammerung der wahren Zusammenhänge über den Zerfall der Tschechoslowakei die neue Lage so dargestellt, als habe Hitler die »Garantie von München« – die bekanntlich nie unterzeichnet und wirksam war – sowie seine Zusage gebrochen, daß das Sudetenland seine letzte territoriale Forderung sei und er nicht die Absicht habe, Völker nichtdeutscher Rasse in Deutschland einzuverleiben. So erhebe sich die Frage,

»ob dies die Beendigung eines alten Abenteuers oder der Beginn eines neuen sei und ob weitere Angriffe auf kleine Staaten folgen werden. Es erhebe sich auch die Frage, ob dies ein Schritt sei, der zum Versuch führt, die Welt mit Gewalt zu beherrschen.«

Schon am 3. September fand in dem ost-englischen Badeort Margate, wo fast die Hälfte aller nach England gekommenen sozialdemokratischen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei in 3 Lagern lebte, eine gemeinsame Versammlung statt, in der über Antrag des Oberleiters Richard Reitzner eine Resolution einstimmig beschlossen wurde, die die Entschlossenheit der wehrfähigen Flüchtlinge unterstrich,

»als tschechoslowakische Soldaten für die Niederringung des Hitlersystems zu kämpfen.«²⁹⁾ 27.9.19 11

Zwar widersprach Wenzel Jaksch diesem Beschluß, doch versetzte er in seinem Rundschreiben nur einige Akzente

„Solange die staatsrechtliche Zukunft des Sudetengebietes nicht in einer Weise geklärt ist, die wir eines Tages vor den arbeitenden Massen zu Hause mit Erfolg vertreten können, ist es der Leitung der Treugemeinschaft³⁰⁾ unmöglich, einen allgemeinen Appell zum Eintritt in die tschechische Armee zu erlassen. Dagegen besteht unsererseits nicht die Absicht, einzelne Genossen, besonders aus dem Protektoratsgebiet, die sich spontan zur tschechoslowakischen Armee melden, von diesem Schritt abzuraten. Für das Gros unserer wehrfähigen Männer ist nach Lage der Dinge der freiwillige Eintritt in die britische Armee vorzuziehen.“

In einem nachgeschobenen Rundschreiben heißt es:

„Jene Genossen, die sich aus besonderen Gründen zum Eintritt in die tschechoslowakische Armee entschlossen haben, stellen sich damit nicht in Widerspruch mit den Intentionen der Auslandsbewegung unserer Partei.“ 27.9.11

Eine Gruppe von Parteifunktionären – also nicht bloße Mitglieder – im britischen Lager Margate ereiferten sich in einem Telegramm Anfang Januar 1940 an den seit Juli 1939 in London residierenden Eduard Benesch

„Die deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakischen Republik in Margate, die sich freiwillig zur tschechoslowakischen Armee gemeldet haben, und viele, die sich entschlossen haben, unserem Beispiel zu folgen, haben Ihren Aufruf mit Begeisterung gelesen. Wir bekunden hiermit neuerlich unsere Entschlossenheit, unsere Pflicht als tschechoslowakische Staatsbürger im Sinne Ihres Aufrufs zu erfüllen und allen Widerständen zum Trotz zu kämpfen bis zur vollkommenen Befreiung und Wiederherstellung unserer Republik.“ 27.9.11

11 Mitglieder der »Treugemeinschaft«³¹⁾ wurden zwar aus Anlaß

dieser Anbiederung an Benesch von der SPD ausgeschlossen, doch löste dies eine Art »Meuterei« aus, sie konstituierten sich anschließend als »Auslandsgruppe der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik«. Benesch tröstete derweil seine Leute damit, daß »sein Werben um die Deutschen« taktische Gründe habe

Am 2. Oktober 1939 begründete der französische Ministerpräsident Edouard Daladier mit dem Pariser Gesandten der nicht mehr existierenden Tschechoslowakei in einem Vertrag die »tschechoslowakische Armee in Frankreich« und verkündete die Wehrpflicht für alle Bürger dieses nicht mehr existierenden Staates unter Ignorierung auch der seit München Ende September 1938 mit seiner Mithilfe veränderten Grenzen. Er anerkannte zwar keine Exilregierung, hingegen einen »Tschechoslowakischen Nationalausschuß«, dem zwar Benesch und andere Tschechen, aber keine Exil-Deutschen angehörten.³²⁾

Als Sumner Welles, Unterstaatssekretär im Statedepartment der USA, Anfang 1940 zur Lageerkundung durch Europa reiste, forderte er Eduard Benesch zur Erläuterung seiner politischen Ansichten auf. Benesch stellte in einem 10-seitigen Memorandum im Kapitel »Das Problem der Sudetendeutschen« u.a. fest:

»Eine Anzahl von Grenzberichtigungen wird in Zukunft auf Grundlage gegenseitiger territorialer und wirtschaftlicher Konzessionen möglich sein, und in vielen Fällen werden wir eine Bevölkerungsumsiedlung und die Schaffung von national möglichst homogenen Bezirken erwägen müssen.« (Hervorhebung nicht im Original) 27.9.11

Bevölkerungs-»Umsiedlung«, Bevölkerungs-»Austausch«



Zielvorstellung des auch Wenzel Jaksch bekannten »Kampfgefährten« Theodore Nathan Kaufman, entnommen seinem 1941 in den USA in großer Auflage publizierten und geförderten Buch »Germany must Perish« (»Deutschland muß untergehen«).

29) Die »Treugemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten« war ein Begriff, der bisweilen für die »Sudetendeutsche Sozialdemokratie« verwendet wurde

30) Die tschechoslowakische Auslandsarmee verfügte 1943 über 4 095 Angehörige, davon Sudetendeutsche 9 Offiziere, 460 Soldaten und 1.000 Offiziere, im Kontingent in der Sowjetunion 10 - 15 weitere. Vgl. Fn 27) S. 123

(wobei natürlich nicht an einen Austausch von Tschechen gedacht war!), Bevölkerungs-*"Transfer"*, *"Liquidierung der Sprachinseln"* wurde zu seinem ständigen Vokabular. Das war auf Grund seines Umfeldes gar nicht mal ungewöhnlich. Hatte doch – ganz abgesehen von unzähligen weniger bedeutenden Multiplikatoren der britischen Öffentlichkeit – der ehemalige Kriegsminister und nunmehrige Informationsminister **Duff Cooper** am 25. April 1940 mit Lautstärke die Parole ausgegeben:

"Der kommende Friedensvertrag muß weit härter und mitleidloser werden als Versailles. Wir dürfen keinen Unterschied machen zwischen Hitler und dem deutschen Volk. Wir dürfen uns nach dem Sieg nicht wieder durch das Betteln der Deutschen beeinflussen lassen, daß nur wenige, daß nur die Hitler-Regierung die Verbrechen begangen habe. Wir müssen Hitler beim Wort nehmen, daß er das deutsche Volk sei." ²⁷ S. 114

Der Minister für wirtschaftliche Kriegführung nennt die Deutschen *"Feinde der Menschheit von Natur aus"*, **Churchill** *"spricht nurmehr von Hunnen"*. ²⁸ S. 115

Nach Beendigung des Frankreichfeldzuges, dem Abtritt Chamberlains und Daladiers anerkannte **Churchill** als neuer, weitgehend diktatorisch herrschender Premier Großbritanniens im Juli 1940 die tschechoslowakische Vertretung als Exilregierung mit Dr. Benesch als Präsidenten an. Er legte sich dabei indessen nicht auf Grenzfragen fest, erklärte allerdings am 30.9.1940 in einer Rundfunkansprache das Münchener Abkommen als von Hitler zerrissen. Damit seien die Grenzen von 1919 wieder *"legitim"* und die Politik der Prager Regierung von 1919 - 1938 in allen Phasen *"legitimiert"*. So einfach ist *"Demokratie"*. Ein ausländischer Kriegspolitiker entscheidet über Leben, Heimat, Eigentum von Millionen Menschen eines fernen Landes, das ihn überhaupt nichts anzuangehen hat und dessen Bewohner ihn nicht um seine Meinung gebeten haben!

Erst im Sommer 1942 bestätigte das Foreign Office diesen Sachverhalt offiziell.

Im Oktober 1940 wird der sudetendeutsche SPD-Chef **Wenzel Jaksch** von Benesch darüber unterrichtet, daß

"aus den böhmischen Ländern eine Million Deutsche ausgesiedelt werden müssen. ... Alle diese jungen unverbesserlichen Nazisten schicken wir nach Deutschland und befreien Euch und uns von ihnen. ..."

Ihr werdet Euch dann aussuchen können, entweder im verarmten Deutschland zu bleiben oder mit uns."

Jaksch nahm diese Grundlage an. ²⁹ S. 20 Unter Verschweigen der Vertreibungsforderung ließ Wenzel Jaksch 4 Tage später eine Resolution verabschieden, in der von *"vollem Vertrauen"* zu Benesch die Rede ist.

Derweil schickte Benesch am 18.11.1940 seinen Prager Mitstreitern die Mitteilung, daß er nicht nur den Exil-Deutschen die Mitwirkung am Staatsrat verweigern, ihnen auch nichts *"im Namen der Nation"* zusagen werde, sie hingegen auf *"die Aussiedlung wenigstens einer Million"*

sowie auf die *"Notwendigkeit eines tschechischen Lebensraumes"* vorbereite. Die Deutschen im Innern der Tschechoslowakei müßten *"umziehen"*. --

"Man kann mit dem Abgang oder der Vertreibung aller Hunderttausender kompromittierter nazistischer Deutscher rechnen, zusammen mit der zwangsweisen Umsiedlung weiterer Hunderttausender Deutscher".

Er wolle

"ein neues, größeres, so weit als möglich auszuweitendes nationales tschechisches Gebiet schaffen". ³¹ S. 26 - 27

Am 23. Mai 1941 forderte Benesch erstmals in einem öffentlichen Vortrag einen *"vertragsmäßigen Bevölkerungstransfer"*, in einem Aufsatz im September 1941 bereits:

"Das Problem der nationalen Minderheiten wird nach diesem Kriege viel systematischer und radikaler in Angriff genommen werden müssen als nach dem letzten Kriege. Ich akzeptiere den Grundsatz des Bevölkerungstransfers." ³² S. 40

Als nächster Schritt folgte sein Aufsatz in *Foreign Affairs*, New York:

"... 2. Nach diesem Krieg wird es notwendig sein, einen Bevölkerungstransfer auf viel breiterer Grundlage durchzuführen als nach dem letzten Krieg. Das muß so human wie möglich, international organisiert und international finanziert, durchgeführt werden."

3. In Zukunft sollte der Schutz der Minderheiten zunächst in der Verteidigung ihrer demokratischen Menschenrechte und nicht ihrer nationalen Rechte bestehen. Minderheiten innerhalb einzelner Staaten dürfen nie wieder den Charakter international anerkannter politischer und juristischer Einheiten erhalten, mit der Möglichkeit, wieder eine Quelle der Beunruhigung zu werden." ³³ S. 40

Mit anderen Worten: Auf keinen Fall sollte sich jemand zum Schutz von Minderheitengruppen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates (der Tschechoslowakei) einmischen dürfen.

In Kenntnis der von Eduard Benesch erwogenen Pläne zum *"Bevölkerungstransfer"* erklärte SPD-Chef **Wenzel Jaksch** Beamten des Foreign Office, er habe vor, auf der im September 1941 in London beabsichtigten Landeskonzferenz der *"Treuegemeinschaft"* zu bekunden:

"Wir wollen freie Hand für die Befassung mit Nazi-Terroristen. Sie kommen vor Revolutionstribunale. Im Falle aktiver Verwicklung ist die Anhaltung der Schuldigen in Arbeitslagern und die Aufhebung aller ihrer politischen Rechte vorgesehen. In deutschsprechenden Gegenden ist das Verfahren durch deutsche Nazi-Gegner durchzuführen, aber Personen, die Verbrechen gegen das tschechische Volk begangen haben, sind tschechischen Tribunalen zu überstellen."

Angesichts solchen *"Eifers"* erhielt er Redeerlaubnis. Die Landeskonzferenz *"beglückte"* er zusätzlich:

"Ich schlage Ihnen die Absendung eines Telegramms an den Präsidenten der Republik, Dr. Benesch, vor, in dem wir dem Manne unsere Grüße übermitteln, der uns gegenüber

immer in vornehmer Weise gehandelt hat:

»Die in London versammelten Funktionäre unserer Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung entbieten dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik die besten Wünsche für sein großes Befreiungswerk. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß unter seiner bewährten Führung nach der Befreiung unserer gemeinsamen Heimat von der Nazi-Tyrannie die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte aller Völker erneuert werden kann.

Für das Präsidium der Landeskonzferenz: Jaksch, de Witte, Reitzner.« 27/3.42.42

Zwischenzeitlich hatte sich Wenzel Jaksch auch schon auf Vertreibungen festgelegt:

»Deshalb waren wir bereit, die kulturellen Rechte von einer Viertel Million sogenannter Sprachinsel-Deutschen (in Prag, Brünn, Olmütz, Iglau, Ostrau) zu opfern. Diese in überwiegend tschechischen Gebieten lebenden Minderheiten hätten entweder auf irgendwelche Schul- oder Sprachenrechte verzichten oder in das eigentliche Sudetengebiet übersiedeln müssen. Im Rahmen dieses Planes befürworteten wir auch die Übersiedlung der deutschen Hochschulen von Prag und Brünn ins deutsche Gebiet.« 27/3.42

Vertreibung hieß bei solchen Demokraten »Opfer von kulturellen Rechten«!

Nach Ausbruch des Rußlandfeldzuges am 22. Juni 1941 erkannte die UdSSR erneut die alte Tschechoslowakei unter Führung von Eduard Benesch an. Dieser honorierte diese Freundlichkeit dienstbeflissen, indem er sogleich einige in England weilende Kommunisten zu Mitgliedern in seinen »Staatsrat« berief.

Während eine SPD-Minderheit den Vertreibungsplänen von Benesch auch weiterhin zustimmte, avancierte Wenzel Jaksch beim tschechischen Staatspräsidenten schließlich zum Hochverräter,²⁹ 1.42 was jedoch dessen Kampfeifer gegen sein eigenes Volk nicht beeinträchtigte.

Am 22.1.1942 erklärte Benesch in einer vertraulichen Besprechung seinen Generalen:

»Ein weiteres und brennendes Problem ist, wie wir die Deutschen loswerden sollen. Selbst glaube ich, daß es möglich sein wird, sich etwa 2 Millionen Deutscher zu entledigen. Das Problem wird sehr schwer sein. Am besten wird sein, es via facti zu erledigen, sonst durch Übereinkommen. Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg.« 27/3.42

Im Juni 1942 nutzte Benesch einen Aufenthalt des sowjetischen Außenkommissars Molotow in London und legte ihm die Vertreibung der Deutschen nahe.

»Ich habe ihm dann das Problem unserer Deutschen auseinandergesetzt. Wir haben 3 Millionen. Das ist viel, 1½ Millionen muß man vertreiben. Dabei müßt Ihr uns helfen. Molotow stimmte zu.« 27/3.42

Am 8.8.1942 gab Wenzel Jaksch in einem Memorandum dem britischen Außenminister Eden zu verstehen:

»Wir haben wenig Hoffnung, daß diese 250.000 Deutschen im Protektorat eine Aussicht besitzen, mit heiler Haut davonzukommen, außer jenen, die als einzelne in guten Beziehungen zur tschechischen Bevölkerung stehen. In diesem Gebiet werden die Massaker wohl weit über eine rechtliche und politische Retribution hinausgehen. Sollte aber eine Welle tschechischer Rache sich über das eigentliche Sudetengebiet ergießen, ist das Ärgste zu befürchten.« 27/3.42

Mehr als ein Hinweis auf das Kommende war das wohl nicht. Über ein Jahr hatte Jaksch ohnehin gewartet, ehe er zahn gegen Benesch's »Transfer«-Absichten aufbegehrte und dafür übereifrige Rache gegen die »Schuldigen« versprach. Doch Benesch verlangte auch von ihm »bedingungslose Zugehörigkeit zum Staat«. 20.2.42 Die lästig gewordenen Exil-Deutschen waren damit zur Räson gebracht, sie hatten einzusehen, daß sie als »Demokraten« stets in der Minderheit blieben, – und nichts zu sagen haben.

Um den verbündeten Großmächten die Austreibung der Sudetendeutschen beizubringen, bediente sich Benesch, wie er selbst später schrieb, des folgenden Tricks:

»Bei einer Unterredung mit Präsident Roosevelt am 12. Mai 1943 erwähnte er den Umstand, daß die Russen dem »Transfer« der Sudetendeutschen zustimmen. 17 Tage später, am 29. Mai, legte Dr. Ripka in London dem dortigen sowjetrussischen Botschafter Bogomolow dar, daß die Amerikaner mit dem Transfer einverstanden seien und daß die tschechische Exilregierung nunmehr auch die offizielle russische Zustimmung erwarte. Am 6. Juni telegraphierte Dr. Ripka an den in Amerika weilenden Dr. Benesch, daß soeben die russische Zustimmung eingetroffen sei, jene Zustimmung, mit der Benesch bei seiner Aussprache mit Präsident Roosevelt schon am 12. Mai operiert hatte.

Von hier wird deutlich, daß Dr. Benesch auch im Hintergrunde als einer der Initiatoren der auf die Austreibung der Ostdeutschen bezüglichen Beschlüsse von Jalta und Potsdam steht.« 19/8.47

Am 21.12.1943 verkündete Benesch im Moskauer Rundfunk:

»Die künftige Tschechoslowakei werde ein einheitlicher Nationalstaat der Tschechen, Slowaken und des karpathorussischen Volkes sein.« 27/3.42

Den kommunistischen Genossen erklärte er, für den Transfer der Deut-



schen habe er bereits die Zustimmung Stalins, Roosevelts und der britischen Regierung:

"Die Niederlage Deutschlands werde derartig sein, daß sie eine historisch einzigartige Gelegenheit zur radikalen Säuberung unseres Staatsgebietes von dem deutschen Element bietet. ... Verschwinden muß die deutsche Universität, die beiden deutschen technischen Hochschulen, die Gymnasien usw. Der deutsche Besitz, Bäder, Gruben, Fabriken, Großgrundbesitz gehen in Staatsverwaltung über. Es wird eine nationale, verbunden mit einer sozialen Revolution sein. ..." 27) S. 28

Im März 1944 definierte es der Vorsitzende Wenzel Jaksch präziser:

"Alle Mittel, Hitler niederzuringen, sind recht, ganz unabhängig davon, ob sie uns augenblicklich ins politische Konzept passen oder nicht. ... Der beste Kompaß für unsere politische Orientierung bleibt ... die Erwägung, daß ein Sieg Hitlers oder selbst ein unentschiedener Ausgang dieses Krieges das schlimmste aller Übel wäre. Die Niederlage des Faschismus ist die Grundbedingung für das Weiterleben unserer Ideen." 27) S. 286

Für solche, "unsere Ideen" sollten also Millionen von Menschen sterben! Ungeheuerlich, derartige Sprüche, zumal von Leuten, denen das Volk, auf das sie sich vorgeblich beriefen, längst eine Totalabfuhr erteilt hatte!

Das von Wenzel Jaksch im August 1944 mitbegründete *Democratic Sudeten Committee* präsentierte sogleich in einem Aufruf u.a. folgendes:

"Unser nächstes Ziel ist es, das Sudetenland vom Nazi-Gangstertum und von jedem Nazi-Einfluß zu reinigen. Alle Nazis, welche Verbrechen gegen das tschechische Volk begangen haben, sollen von tschechischen Tribunalen gerichtet werden; jene Nazis, die Verbrechen gegen das eigene Volk begangen haben, gehören vor das Gericht der verfolgten Nazi-Gegner im Sudetenland. Wir wenden uns aber gegen eine allgemeine nationale Vergeltung, welche ihrer Natur nach wahllos sein müßte und die Grundlage einer erneuerten Sudeten-Demokratie zerstören würde." --

Außer Pfarrer Reichenberger und Dr. Marton hatten wir keinen einzigen verlässlichen Weggenossen. Kein Fabrikant, kein Bischof oder Professor in der Heimat fühlte das Bedürfnis, das Risiko einer Verbindung mit uns einzugehen, obwohl aus der deutschen Protektorspresse längst zu entnehmen war, daß wir Selbstverwaltung forderten und mit Dr. Benesch im Streite lagen." 27) S. 32

War Dr. Marton ganz unbekannt, so dürfte die "Einvernahme" von Pfarrer Reichenberger eine offenkundige Falschmeldung sein. Hat dieser doch in seinen Büchern nicht die geringste Andeutung für eine solche Solidarität zur Niederkämpfung des eigenen Volkes und "Rachejustiz" -- Verbrechen gegen das eigene Volk! -- gemacht, war er doch anwesend, als US-Präsident F.D. Roosevelt im Dezember 1932, also vor Hitlers Machtantritt, erklärt hatte, "er wolle Deutschland zermalmen".^{31) S. 242} Schon am 16.9.1941 hatte er in seinen Aufzeichnungen festgehalten:

"Es ist heute meine Überzeugung, die sich vor allem in England gefestigt hat, daß der Krieg mit den Nazis gar nichts zu tun hat, überhaupt um kein Ideal geführt wird, sondern nur das Ziel hat, das deutsche Volk zu vernichten und Englands Weltmacht aufrecht zu halten zum Vorteil einer kleinen Clique. ... Alles, was die dort herrschende Clique den Nazis vorwirft, praktiziert sie selber skrupellos" 28) S. 421

Während Wenzel Jaksch "Kommandosoldaten vor ihrem schweren Gang verabschiedete", -- als Fallschirm-partisanen nach Böhmen und Mähren "zum Kampf gegen die Hitler-Barbarei",^{28) S. 44} warf Pfarrer Reichenberger jenen Emigranten, die sich nicht damit abfinden konnten, daß sie vom eigenen Volk vertrieben waren, Versagen vor, als der innere Wert ihres Menschentums sich bewähren mußte.^{29) S. 128 - 131}

In der Oktober-Ausgabe 1944 von *Foreign Affairs*, New York erklärte Benesch unter dem Titel "Czechoslovakia Plans for Peace":

"Die Tschechoslowakei wünscht jede Wiederkehr der Lage zu vermeiden, die nach München geführt hat. Sie erwägt daher den Transfer der größtmöglichen Zahlen ihrer deutschen Einwohner, besonders jener, die sich öffentlich mit dem deutschen Nationalsozialismus solidarisiert haben, die für ihn gearbeitet und sich mit ihm identifiziert haben, die den Nazismus als ihren Glauben angenommen und danach gehandelt haben."

Die Tschechoslowakei wird nicht irgend jemandem das Heimatrecht verweigern, der der Republik treugeblieben ist, ihre Gesetze eingehalten hat und ihre Unabhängigkeit zu verteidigen half. Der Schutz der demokratischen und Menschenrechte jedes Bürgers ist in der Tschechoslowakei für immer garantiert. Das bezieht sich auf jene Mitglieder der Minderheitenvölker, die in der Republik verbleiben werden." 30) S. 147

Auch für die Engländer und Franzosen galt es, "der öffentlichen Meinung wegen" die "Transfer"-Absichten als "humanitäre Kampfziele" schmackhaft anzupreisen. Diesem Ziel diente ein Memorandum, das die exil-tschechische Regierung am 23.11.1944 der European Advisory Commission überreichte. In ihm war "die Ausschaltung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei" gefordert. Aber es handele sich ja nicht um 2,5 Millionen Menschen, sondern nur etwa 1,6 Millionen, da 250.000 ohnehin schon gefallen seien und etwa 500.000 rechtzeitig fliehen würden. Den übrigen würde genügend Gelegenheit gegeben, "freiwillig auszuwandern". Das zurückzulassende Hab und Gut hätten die übrigen Deutschen zu entschädigen. Der Gedanke, "Schuldige" individuell auszusiedeln, wurde abgelehnt, "das würde die Ämter zu sehr belasten".

31) Auf Grund des Vetos von Eduard Benesch erhielt Wenzel Jaksch bis 1947 Einreiseverbot nach Deutschland, dann ein befristetes Besuchsvisum. Erst 1949 wurde sein ständiger Aufenthalt im Bundesgebiet genehmigt. Karrieredaneben: Parteivorstandsmittglied der SPD, Ministerialdirektor, Mitglied des Bundestages, Präsident des Bundes der Vertriebenen, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Präsident der Deutschen Stiftung für Europäische Friedensfragen, stellvertretender Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Bundesvorsitzender der Seliger-Gemeinde, Ehrendoktor (USA), Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. -- Er verstarb am 27.11.1966 an den Folgen eines Verkehrsunfalls.

"Es besteht keine Absicht, das Privateigentum der zu transferierenden Personen zu beschlagnahmen, es sei denn auf Grund einer gesetzlichen Bestrafung. Sie werden im allgemeinen das Recht haben, ihr bewegliches Eigentum mit sich zu nehmen, mit Ausnahme der Güter, deren Ausfuhr allgemein verboten ist." 27) S. 79

Da später dann die totale Beschlagnahme aller Vermögenswerte als *"gesetzliche Bestrafung"* deklariert und jegliche Ausfuhr bis auf wenig Handgepäck *"allgemein verboten"* wurde, widersprach dieses Memorandum noch nicht einmal der späteren Praxis.

In einer Anlage zu dem Memorandum hieß es in typisch

Churchill'schem Sprachgebrauch:

"Kriegsverluste würden in Deutschland ein Vakuum von solchen Ausmaßen schaffen, daß Millionen Ausgesiedelte dort Aufnahme finden könnten." 27) S. 80

Doch zur gleichen Zeit forderte er die totale Ausrottung aller Sudetendeutschen, wobei offen bleiben muß, ob er nicht schon lange zuvor diesen Willen gehegt, jedoch verheimlicht hatte. Jedenfalls steigerte er sich in den letzten Kriegsjahren zum Einpeitscher des größten Blutrausches in der Geschichte seines Landes. Seine Alliierten bereiteten ihm den Boden.

Das Protektorat Böhmen und Mähren

Zuvor war bereits nachgewiesen worden, daß Hitler nach Eingliederung des Sudetenlandes Anfang Oktober 1938 auf die weitere innere Entwicklung der Tschechoslowakei keinen Einfluß genommen hat. Dem Drängen der Slowaken auf Lostrennung von den Tschechen hat er sich wiederholt demonstrativ entzogen. Er hat auch Frankreich und Großbritannien signalisiert, daß er ohne deren Zustimmung gemäß den Münchener Absprachen nichts unternehmen werde. Selbst noch am 14. März 1939 ließ er sich vom britischen Botschafter in Berlin, Henderson, die Zustimmung Großbritanniens zu einer Protektoratslösung versichern, nachdem der tschechische Staatspräsident Dr. Hacha aus eigenem Entschluß angesichts seines auseinandergefallenen Staates um einen Empfang in Berlin gebeten hatte.

Bei Beurteilung der zwischen Dr. Hacha und Hitler mit der telefonisch eingeholten Zustimmung der tschechischen Regierung erzielten Protektoratslösung bleibt zu berücksichtigen:

1.) Sie ist in gegenseitigem Einvernehmen der beiden Regierungen ohne jeglichen Schußwechsel oder anderen Zwischenfall erfolgt.

2.) Sie hat zunächst keinen Protest irgendeiner der europäischen Großmächte ausgelöst.

3.) Es handelte sich bei Böhmen und Mähren um nahezu 1.000-jährige alte Reichslande inmitten eines rein deutschen Siedlungsgebietes, ganz im Gegensatz zu z.B. britischen Kolonien und Protektoraten in allen Erdteilen, die zudem keineswegs in friedlicher Übereinkunft erworben bzw. zustandegekommen sind.

4.) Während der deutschen Protektorats Herrschaft wurde den Tschechen – obgleich es sich dann weitgehend um Kriegszeit handelte – ein eigenständiges völkisches, kulturelles und wirtschaftliches Leben bei gesicherten Eigentums- und Rechtsverhältnissen ohne Wehrpflicht für die männliche Jugend geboten. Solches haben die Tschechen den Sudetendeutschen in 20 "Friedensjahren" seit 1918 von Anfang an nicht zugestanden.

Weder bei Übertragung des Sudetenlandes an das Reich im Oktober 1939 noch beim Einmarsch deutscher Truppen

in Böhmen und Mähren am 15. März 1939 war es irgendwo zu Ausschreitungen gegen Tschechen gekommen. Nirgendwo hatte man zu solchen aufgerufen; sie waren sogar streng verboten!

Das am 15. März 1939 vom Deutschen Reich übernommene tschechische Waffenarsenal schildert Werner Rings wie folgt:

"In Böhmen und Mähren übernahm die deutsche Wehrmacht das gesamte Eigentum der tschechischen Armee mit 1.582 Flugzeugen und über 2.000 Kanonen, Kriegsmaterial im Wert von 35 Milliarden Kronen, das für die Bewaffnung und Ausrüstung von 20 Divisionen ausreichte. Fast ein Drittel der modernen Panzer, die im Mai 1940 gegen Holland, Belgien und Frankreich eingesetzt wurden, stammte aus diesen »Erwerbungen«." 32)

Der aus Österreichisch-Schlesien stammende bekannte Militärschriftsteller Ferdinand Otto Miksche, Berufsoffizier der tschechoslowakischen Armee, ab 1938 Offizier in der französischen Armee u.a. schrieb über die Zustände in Böhmen und Mähren während der Protektoratszeit:

"Eine verbreitete organisierte Widerstandsbewegung, wie etwa in Frankreich, gab es weder in Böhmen noch in Mähren. Gewiß fühlten sich die Tschechen im Protektorat nicht glücklich, ihre Masse verhielt sich aber nach dem Vorbild ihres Nationalhelden Schweik. Erst nach dem Attentat von drei aus England gelandeten Fallschirmjägern am 27. Mai 1942 gegen den Reichsprotektor Reinhard Heydrich brachte die Weltpresse die Bewegung von Benesch wieder ins Rampenlicht. Inzwischen lief die Verwaltung im Protektorat in tschechischer Amtssprache weiter."

Hitler bewilligte den Tschechen sogar eine kleine Armee von 16.000 Mann, die 1944 an deutscher Seite z.T. in Italien eingesetzt wurde. Erst im Herbst 1944 brach in der Slowakei unter kommunistischer Führung ein größerer Aufstand aus, der aber bald von SS-Truppen niederkämpft wurde.

Übrigens haben die Tschechen trotz des Verlustes ihrer

32) Werner Rings, "Leben mit dem Feind in Hitlers Europa 1939 - 1945 - Anpassung und Widerstand", München 1979, S. 58.